B 1237

Freie Produktionszonen

46

Grenzenlose Gewinne!

0133

DGB BILDUNGSWERK

Vorwort

Die rasche Zunahme von sogenannten Freien Produktionszonen - FPZ - gehört zu den beunruhigendsten Aspekten im Prozeß der Globalisierung des Arbeitsmarktes. Hauptsächlich in Ländern der „Dritten Welt" sind derzeit 0 in etwa 500 solcher FPZ, schätzungsweise 4,5 Millionen Menschen, vor allem Frauen, unter extrem repressiven Bedingungen beschäftigt. Nach Gründung der ersten FPZ, zu Beginn der sechziger Jahre in Irland, sind sie nunmehr in rund 70 asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern zu finden.

Die Gründung von FPZ erfolgt mit dem Gedanken, daß Unternehmen Material importieren, das sie dann weiterverarbeiten und reexportieren, ohne daß hierfür Zoll bezahlt werden müßte. Ohne den bürokratischen Aufwand zur Rückerstattung von Einfuhrsteuern für Produkte, die für den Export bestimmt waren, wird dies als billige Möglichkeit angesehen, Arbeitsplätze zu schaffen und einen Industrialisierungsprozeß zu fördern. Um aber zu verhindern, daß zollfreie Ware doch auf den Markt des jeweiligen Landes kommt, müssen die hierfür zweckbestimmten Zonen/Fabriken vollständig abgeriegelt, häufig mit hohen Mauern umgeben werden.

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Konkurrenz um Arbeitsplätze sahen sich die Regierungen jedoch gezwungen, den Unternehmen immer mehr Anreize anzubieten, um Investoren ihre Enklave schmackhaft zu machen. So sorgten die Regierungen u.a. für subventionierte Fabrik- und Telekommunikationsanlagen, Energieversorgung und vor allem für die Garantie, daß die Arbeitskräfte billig und fügsam bleiben. In immer mehr Ländern wurden solche Zonen geschaffen. Die Anreizpakete wurden im Laufe der Jahre immer umfangreicher, um die „Attraktivität" zu verbessern, um die Unternehmen davon abzuhalten, den Betrieb an andere, noch günstigere Standorte zu verlagern.

Mit diesen Materialien zu Freien Produktionszonen wollen wir über ihre Entwicklung informieren, auf die Bedingungen, unter denen Menschen dort beschäftigt sind, aufmerksam machen und einen kleinen Beitrag zur „Standortdebatte" leisten. Wir fügen damit unserem Versuch, den Prozeß der Globalisierung des Arbeitsmarktes zu charakterisieren, eine weitere Facette (nach den Materialien: Frauenarbeit als globale Billigware; Kinderarbeit - rücksichtslos billig; Informeller Sektor - Marktwirtschaft im Schatten) hinzu. Es zeigt auch ein weiteres Mal, daß die Rechte von Beschäftigten in vielen Ländern keine oder kaum Berücksichtigung finden. Darauf aufmerksam zu machen und zur Diskussion anzuregen, um Wege zu finden, wie Rechte der Beschäftigten weltweit eingefordert werden können, ist ein weiteres Ziel dieser Materialien.

Günter Dickhausen
Vorsitzender des DGB Bildungswerkes

Inhalt

1 FPZ
Paradiesische Inseln für ausländische Unternehmen 4

2 Asien
Je erfolgreicher die Wirtschaft, um so besser die FPZ 9

3 China
Sonderwirtschaftszonen: Motoren der Wirtschaft 13

4 Lateinamerika
Die verlängerte Werkbank der USA? 15

5 Afrika
Kein Ziel für „vagabundierendes Kapital" 23

6 Globale Arbeitsteilung
Neue Eliten und neues Proletariat? 27

7 Frauen
Arbeiten auf eigene Gefahr 30

8 Gewerkschaften
FPZ: Gewerkschaften sind ausgesperrt 32

Literatur, Adressen 34

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek
C 99 - 00133

FPZ: Paradiesische Inseln für ausländische Unternehmen

Multinationale Großkonzerne: Gewinne nur dort, wo die Behörden am wenigsten abgreifen

Innerhalb des Wirtschaftsraumes der Europäischen Union, der USA und Japans sind heute Wirtschaftsgiganten herangewachsen, die, wie beispielsweise General Motors (GM) mit 134 Milliarden US-$ oder Ford Motor mit 108 Milliarden US-$, einen Umsatz in der Höhe des BSP mittlerer Industrieländer wie Norwegen (1993 113,527 Mrd. US-$) oder Dänemark (137,61 Mrd. US-$) haben. Die gesamte westafrikanische Region, inklusive der größten schwarzafrikanischen Volkswirtschaft Nigeria, kommt mit ihrem Bruttosozialprodukt von etwa 80 Milliarden US-$ auf nur rund 60 Prozent des Umsatzes von GM und sogar die lateinamerikanischen Andenländer Kolumbien, Bolivien, Ecuador, Peru und Chile erwirtschafteten 1993 lediglich rund zwölf Milliarden US-$ mehr als der US-amerikanische Konzern an Umsatz zu verzeichnen hatte. Die südosteuropäischen Länder Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und die übrigen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien, Albanien, Bulgarien und Rumänien erreichten gemeinsam nur etwa zwei Drittel an BSP des GM-Umsatzes.

Ein Drittel der ausländischen Direktinvestitionen in Höhe von 2,125 Billionen US-$ wurden 1995 von den 100 größten Unternehmen der Welt vorgenommen. Insgesamt sind rund 37.000 Muttergesellschaften mit mehr als 200.000 Tochtergesellschaften länderübergreifend tätig. Rund ein Drittel des Welthandels entfiel bereits 1993 auf sogenannten Intra-Konzern-Handel, auf den Handel zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften. Ein weiteres Drittel des weltweiten Warenumsatzes im Wert von 3,7 Billionen US-$ und kommerzieller Dienstleistungen in Höhe von etwa einer Billion US-$ wickelten die Großkonzerne untereinander ab.

Längst haben diese Giganten ihre nationalen Dimensionen gesprengt. Die Zeit ist vorbei, in der große Unternehmen sich vor allem auf nationale Arbeitskräfte und Märkte stützten und ihr Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung innerhalb der Landesgrenzen sicherten.

Moderne FPZ: Eine irische Erfindung

Bis Ende der 50er Jahre landeten Propellermaschinen zum Auftanken auf dem Shannon-Flughafen im äußersten Westen Irlands, bevor sie zum Sprung über den Nordatlantik in die USA und Kanada ansetzten. Als Düsenflugzeuge die Propellermaschinen ablösten, wurde der Zwischenstopp überflüssig. Der Niedergang des Flughafens schien unaufhaltsam. Viele Arbeitsplätze waren in der wirtschaftlich schwachen Region gefährdet. Dann aber kam den Iren die rettende Idee: Sie verwandelten den Flughafen und das umliegende Gelände in eine Freihandelszone, um ausländische Investoren zum Bau von Herstellungsbetrieben anzulocken. Die Rechnung ging mehr als auf. Zwischen 1960 und 1975 entstanden in den neuen Industriebetrieben 3.800 Arbeitsplätze und die Zahl der Flughafenbeschäftigten kletterte von 1.250 auf 2.200.

Die irische Freihandelszone am Shannon war zunächst für einige Jahre ein Unikum in der Welt. Erst Mitte der 60er Jahre - 1965 nahe Bombay in Indien, 1966 in Kaohsiung in Taiwan - wurden die ersten Freien Produktionszonen (FPZ) in Entwicklungsländern in Betrieb genommen. Zur selben Zeit richtete die mexikanische Regierung eine 20 Kilometer breite Sonderzone entlang der US-amerikanischen Grenze ein, und auch in der Karibik entstanden die ersten Wirtschaftsenklaven. Die irische Idee war von der UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) und der UN-Konferenz für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) aufgegriffen worden und wurde den Entwicklungsländern als erfolgversprechendes Instrument zur Industrialisierung empfohlen.

Zu Beginn der 70er Jahre entstanden dann die ersten FPZ in Mittelamerika, auf den Philippinen, in Südkorea und Malaysia. Etwa 20 FPZ in zehn Entwicklungsländern gab es damals. In den Enklaven der marktnahen Billiglohnländer siedelten sich zunächst arbeitsintensive US-amerikanische, japanische und westeuropäische Textil- und Bekleidungsunternehmen an. Später folgten einzelne hochtechnisierte Arbeitsbereiche der Elektronikbranche. Diese beiden Branchen stellen bis heute bei weitem die meisten Arbeitsplätze in den Freien Produktionszonen. Dabei hat sich, so belegen Untersuchungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), in den meisten FPZ eine ausgeprägte industrielle Monokultur - entweder hauptsächlich Textilien oder Elektronik - herausgebildet. Zwar versuchen viele Entwicklungsländer, auf dem Weltmarkt „Nischen" für spezielle Produkte wie

„OTTO ... find ich gut." Otto in El Salvador und auf den Philippinen

Der Otto Versand Hamburg, das größte Versandhaus der Welt, zählt mit einem Umsatz von 6,9 Milliarden DM zu den fünf Großen im deutschen Textilhandel. Von den USA über Polen bis Neu Delhi oder Bangladesch wird die Kleidung in die ganze Welt verschickt. Ein guter Geschäftspartner des Hamburger Versandhauses ist die Familie Lim aus Taiwan. Die Familie ist im Textilgewerbe tätig und besitzt das Unternehmen Mandarin. Hunderte von Frauen in den Freien Produktionszonen Mittelamerikas und Südostasiens produzieren für Mandarin im Auftrag des Otto Versandes Kleidung.

Auf den Philippinen beispielsweise beschäftigt Mandarin in einem Betrieb 500 Arbeiterinnen. Gewerkschaften gibt es dort nicht. Zur Praxis des Unternehmens gehört es, die Fabrik sofort zu schließen, sobald sich Arbeiterinnen zu organisieren beginnen. Die Fabrik siedelt in eine andere FPZ um und stellt neue Arbeiterinnen ein. Bezahlt nach Stückpreis verdient die Textilarbeiterin 2,10 DM für einen Achtstundentag, das macht einen Stundenlohn von 26 Pfennig. Hauptabnehmer von Mandarin auf den Philippinen sind Neckermann, C&A ... und der Otto Versand.

In El Salvador arbeiten für Mandarin in der FPZ San Marcos 850 Frauen für einen Lohn von 85 Pfennig pro Tag - 13 mal niedriger als in den USA und 18 mal niedriger im Vergleich zu Deutschland. Nach langen Arbeitskämpfen und massivem Druck aus den USA entstand bei Mandarin in El Salvador Anfang 95 die erste Gewerkschaft in einer Maquiladora. Internationaler Protest war ausgebrochen, als die massiven Menschenrechtsverletzungen an Arbeiterinnen bekannt wurden.

Zu den Hauptabnehmern von Mandarin in El Salvador gehört Eddie Bauer, eine US-amerikanische Tochtergesellschaft des Otto Versandes. Bauer bezieht auch von GABO in El Salvador Kleidung. Dort arbeiten Industrienäherinnen von montags bis freitags zwölf Stunden, samstags „nur" neun. Für diese 69-Stundenwoche erhalten die Frauen - wenn sie korrekt bezahlt werden - umgerechnet 65,40 DM Lohn. Wenn es die Auftragslage verlangt, werden die Arbeiterinnen zu Überstunden gezwungen, die häufig nicht bezahlt werden. Dann arbeiten sie von 7 bis 12 Uhr mittags, haben eine halbe Stunde Pause und setzen ihre Arbeit bis 19 Uhr fort. Ihre Nachtschicht beginnt um 20 und endet um 4 Uhr morgens. Drei Stunden später müssen sie wieder am Arbeitsplatz erscheinen. Frauen, die nicht bereit oder in der Lage sind, solchen Arbeitszeiten nachzukommen, werden gefeuert. GABO-Manager Young: „Wenn ihr geht, kommt irgend eine andere."

GABO zieht die Sozialversicherungsabgaben der Arbeiterinnen ein, leitet diese aber nicht weiter. Die Frauen sind - ohne es zu wissen - nicht krankenversichert. Julia Esperanza Quintanilla starb am 1. März 1995 an einer akuten Blinddarmentzündung. Sie konnte und durfte keinen Arzt aufsuchen, weil GABO die Krankenversicherungsbeiträge eingesteckt hatte.

Die Beschäftigten von GABO legten daraufhin ihre Arbeit nieder, und nach langen Auseinandersetzungen mußte GABO schließlich eine Vereinbarung unterschreiben, nach der das Unternehmen sich verpflichtete, die salvadorianischen Arbeitsgesetze einzuhalten, Mißhandlungen einzustellen und die Organisationsfreiheit seiner Beschäftigten anzuerkennen. Doch die Realität sah anders aus: Sämtliche Gewerkschaftsaktivisten wurden entlassen, die Arbeiterinnen wurden unter Druck gesetzt. Bewaffnete Sicherheitskräfte brachen in die Privathäuser der Frauen ein und zwangen sie unter Schlägen, sich von der Gewerkschaft zu lösen. Noch immer sind die Forderungen der Textilarbeiterinnen nach einem menschenwürdigen Arbeitsplatz unerfüllt.

Mehrere Warenhäuser von Bauer sollen 1996 in Deutschland eröffnet werden. In einem Joint Venture-Geschäft mit der Sport-Scheck GmbH werden die Bauer-Waren schon jetzt per Katalog hier angeboten.

Christliche Initiative Romero e.V., Münster

Lederwaren, Schuhe, Schmuck, Lebensmittel, Gummi, Tabak oder Spielzeug aufzutun, aber in den meisten FPZ stellen die beiden wichtigsten Branchen überwiegende Mehrheit der Arbeitsplätze.

FPZ: Keine Steuern, kostenlose Infrastruktur, keine Gewerkschaften und billige Arbeitskräfte

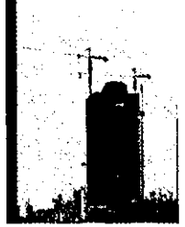
„Freihandelszone", „Außenhandelszone", „Freie Exportzone", „Freie Produktions-Ozone", „Zollfreie Produktionszonen", „Steuerfreie Produktionszonen", „Investitionsförderungszone", ... - insgesamt 19 verschiedene Begriffe zählt die IAO. Begriffe, die im Grunde ein und dasselbe in lediglich unterschiedlichen Ausführungen beschreiben. Freie Produktionszonen (FPZ) - dieser Begriff hat sich durchgesetzt und wird heute im allgemeinen verwendet - sind räumlich eingegrenzte Freihandelsenklaven im Zoll- und Handelsbereich eines Landes, wo ausländische Hersteller unter Gewährung erheblicher fiskalischer Vorteile in erster Linie für den Export produzieren. Es werden langjährige - zwischen zehn und 15 Jahren - vollkommene Unternehmenssteuerbefreiungen gewährt, Einkommenssteuern gibt es nicht, Kapital und Rohstoffe können zollfrei eingeführt werden, und Gewinntransfers sind erlaubt. Um „scheues" Kapital zu ködern, stellen die Entwicklungsländer darüber hinaus in den Sondergebieten eine kostenlose Infrastruktur. Neben Straßen, Wasser- und Elektroversorgung werden Betriebsgebäude zu minimalen Mieten und Unterkünfte für die Beschäftigten geboten, hinzu kommen die obligatorischen Einzäunungen und Wachmannschaften für das quasi exterritoriale Gelände.

Im Verlauf der weltweiten Rezession 1974/75 - in der mexikanischen Grenzregion wurden allein 30 Prozent aller Unternehmen geschlossen, die Entwicklung südostasiatischer FPZ stagnierte - lockten viele Entwicklungsländer mit weiteren Vergünstigungen. Die Arbeitsgesetze in den Freihandelszonen wurden im Unterschied zum übrigen formellen Arbeitsmarkt gelockert, der Kündigungsschutz und das Mitspracherecht der Gewerkschaften wurden abgeschafft. Zudem wurden in vielen Ländern, beispielsweise in Mexiko, Malaysia und Mauritius, bis dahin geltende Beschränkung des ausländischen Kapitals auf 49 Prozent am Unternehmenskapital aufgegeben.

Insgesamt 19 Begriffe für Weltmarktfabriken

Freihandelszone
Außenhandelszone
Industrielle Freizone
Freie Zone
Maquiladora
Exportfreizone
Zollfreie Produktionszone
Exportproduktion Freizone
Freie Produktionszone
Exportproduktionszone
Sonderwirtschaftszone
Steuerfreie Produktionszone
Steuerfreie Handelszone
Investitionsförderungszone
Freie Wirtschaftszone
Freie Exportzone
Freie Exportproduktionszone
Privilegierte Exportzone
Industrielle Exportproduktionszone

Als die Weltwirtschaft in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wieder Tritt faßte, griffen immer mehr Entwicklungsländer das scheinbar erfolgversprechende exportorientierte Modell auf. Die Zahl der weltweit in FPZ Beschäftigten stieg von rund 550.000 in 47 Produktionszonen in 25 Ländern (1975) auf mehr als 1,3 Millionen Menschen 1986 in 176 Zonen in 47 Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas; wobei 790.000 Frauen und Männer in asiatischen, rund 380.000 in lateinamerikanischen und nur etwa 130.000 in afrikanischen FPZ arbeiteten. Der Wert der gesamten FPZ-Exporte stieg im selben Zeitraum von etwa 150 Millionen US-$ auf zehn Milliarden US-$.



FPZ schießen wie Pilze aus dem Boden

Spätestens seit dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus" muß kein Großkonzern „Enteignungen" aufgrund eines kommunistischen Umsturzes mehr befürchten. Liberalisierungs- und Privatisierungsoffensiven haben transnationalen Großkonzernen, die auch in vielen ehemals blockfreien Entwicklungsländern äußerst kritisch betrachtet wurden, Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre Tür und Tor geöffnet.

Sprunghaft schnellte seitdem die Zahl der Freien Produktionszonen in die Höhe: 1990 hatten weltweit 200 FPZ ihren Betrieb aufgenommen, 100 waren in der Bauphase und weitere 50 geplant. Heute gibt es über 500 Freizonen. Etwa 200 davon, so schätzt der Direktor der Weltvereinigung der Freien Produktionszonen, (World Export Processing Zones Association, WEPZA), Robert C. Haywood., würden gar nicht erst in Anspruch genommen werden. Und der Rest arbeite häufig auch nicht wie gewollt. 1989 arbeiteten weltweit rund zwei Millionen Menschen in FPZ. Heute sind es nach Angaben des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) fast 4,5 Millionen Menschen:

1,2 Millionen arbeiten in Lateinamerika und in der Karibik, 250.000 in Afrika und drei Millionen in Asien. Nicht mitgerechnet sind hier die 14 bis 40 Millionen Chinesen, die in den Sonderwirtschaftszonen, in den sogenannten offenen Grenz- und Provinzstädten, in den Touristenzonen, Freihäfen und Zollfreien Zonen arbeiten.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit

Internationale Wettbewerbsfähigkeit ist das Gebot der Stunde. Heute sind die Nationen in einen ständigen Wettstreit um die günstigsten Standortbedingungen getreten. Im Klartext: Die Länder buhlen mit teilweise horrenden Ausgaben um die Gunst internationaler Großkonzerne. Aber in diesem globalen Konkurrenzkampf können schon lange einige Regionen nicht mehr mithalten. Schwarzafrika beispielsweise ist fast chancenlos. Trotzdem setzen dort immer noch, sogar immer mehr Länder auf FPZ, selbst bitterarme Länder wie Tansania, Malawi oder Madagaskar investieren erhebliche Summen in den Aufbau von Freien Produktionszonen, um ausländische Firmen zu ködern. ■

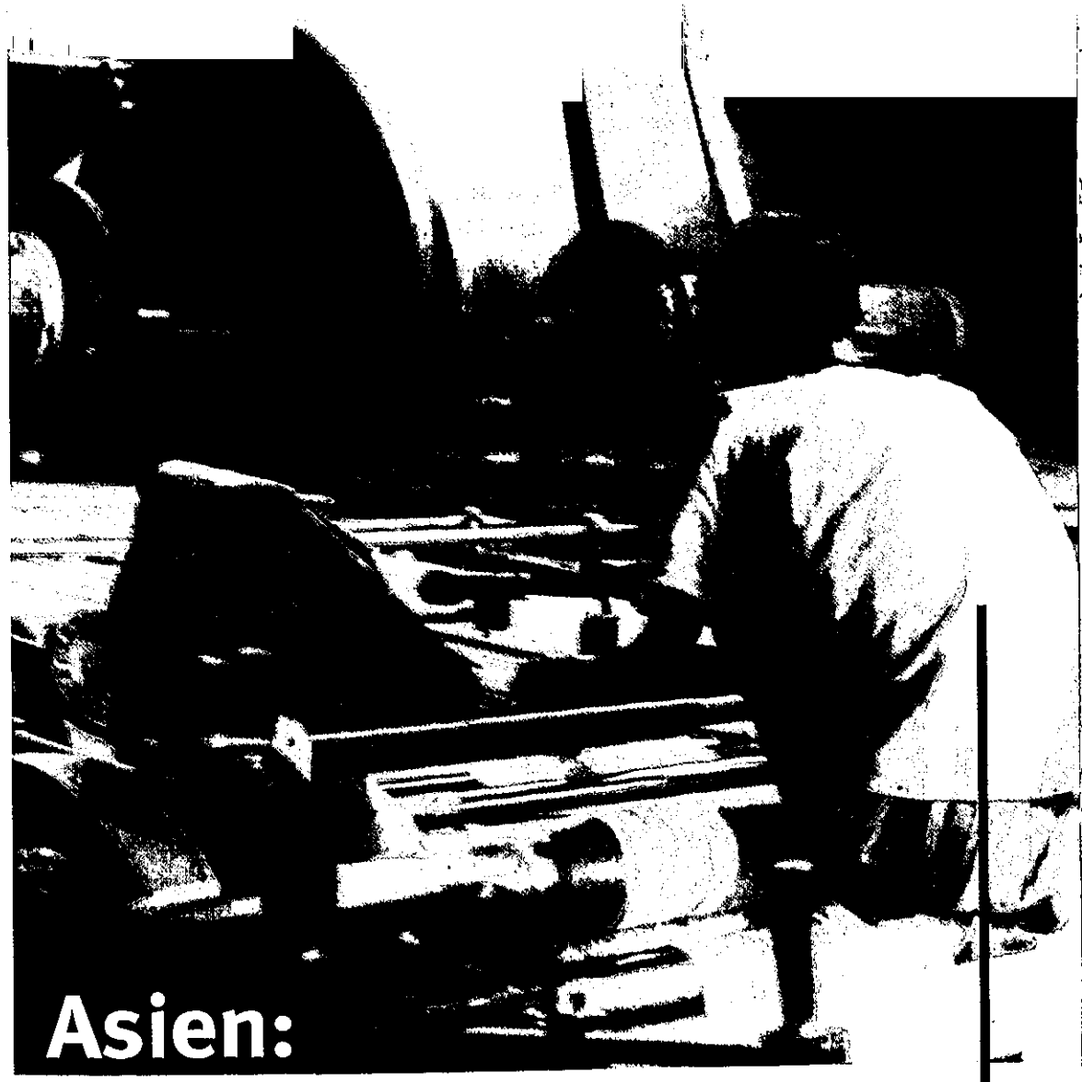
Die Triade: Die Gewichte verschieben sich

Henry Fords Fließbandfertigung in den Detroiter Automobilfabriken regte in fast allen Wirtschaftsbereichen eine Massenproduktion an. Kräftige Produktionssteigerungen erhöhten die Unternehmergewinne und füllten die Lohntüten der Arbeitnehmer mehr und mehr. Die steigenden Gehälter regten die Nachfrage nach all den neuen Produkten der damaligen Zeit an und schufen dadurch neue Arbeitsplätze. Moderne Haushalts- und Rundfunkgeräte, Fernseher und Autos, der Wunsch nach einer größeren Wohnung oder einem Eigenheim - es schien nur eine Frage der Zeit, bis alle alles besitzen würden.

Der Traum von der „immerwährenden Prosperität" war allerdings bereits Mitte der 70er Jahre ausgeträumt. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität schwächte sich immer mehr ab, und damit sanken natürlich auch die Profitraten der Unternehmen. Es gab nichts mehr zu verteilen. Die Ölkrise und die damit einhergehende Rezession Anfang der 70er Jahre signalisierten das Ende des „Goldenen Zeitalters", des Fordismus, der nach dem Detroiter Autoproduzenten bezeichneten Boomphase der Weltwirtschaft. Althergebrachte Rezepte, welche die Konjunktur wieder beleben und neue Arbeitsplätze schaffen sollten, griffen nicht mehr. Ein Sockel an Arbeitslosen blieb, und die globalen Wachstumsraten der ersten Nachkriegsjahrzehnte wurden nie wieder erreicht.

Das Wachstumsmodell der Nachkriegszeit steckte Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in einer tiefen Krise. Die wirtschaftliche Vormachtstellung der USA schwand, denn der gigantische Militärapparat hatte riesige Summen verschlungen. Westdeutschland und Japan waren zu ernsthaften Konkurrenten auf den Weltmärkten geworden. Da ihre heimischen Märkte damals weitgehend gesättigt waren, begannen sie mit einer systematischen Exportförderung. Der US-amerikanische Haushalt verzeichnete daher Jahr für Jahr ständig steigende Handels- und Zahlungsbilanzdefizite, so daß der Druck auf den US-$ - damals die globale Leitwährung - immer größer wurde. Durch seine Golddeckung und das System fester Wechselkurse hatte er die Geld- und Kreditregulation bis dahin bestimmt. Die Golddeckung wurde schließlich aufgegeben, und die Deutsche Mark und der japanische Yen übernahmen teilweise die Funktion des US-$.

An die Stelle der Unternehmensstrategie zur Produktivitätserhöhung trat eine Strategie der Kostensenkung auf allen Gebieten - insbesondere der Produktionskosten -, der größeren Flexibilität und der Weltmarktorientierung. Multinationale Konzerne wurden immer mehr zu bestimmenden ökonomischen Akteuren. Allerdings verknüpften die Multis in den 70er und 80er Jahren zunächst hauptsächlich die sogenannte Triade, die Wirtschaftsräume Nordamerikas, Westeuropas und Japans. Innerhalb der Industrieländer konzentrieren sich auch noch heute rund 90 Prozent der Direktinvestitionen, und über 60 Prozent des gesamten Welthandels wickeln sie untereinander ab. Durch diese Verknüpfung schufen sie die Ausgangsbasis für ihre weltweiten Aktivitäten.



Asien:

Je erfolgreicher die Wirtschaft, um so besser die FPZ

Gastarbeiter: Im Sog der freien Produktionszonen

Lita sitzt mindestens acht Stunden an sieben Tagen in der Woche vor dem Mikroskop und montiert Speicherchips. Eigentlich müßte die Indonesierin nur sechs Tage arbeiten, aber dann könnte sie kaum noch etwas nach Hause überweisen,

berichtete der „Spiegel" im September 1995 über die karge Entlohnung in Chip-Fertiger-Betrieben von Siemens in der Freien Produktionszone Malakka in Malaysia. Lita Hama zahle monatlich 240 Ringgit Vermittlungsgebühr an den Agenten, der sie in einer Kleinstadt auf Sumatra, der größten indonesischen Insel, angeworben habe. Zusätzlich verlange die malaysische Regierung 45 Ringgit Monatsgebühren, so daß Lita nur die Hälfte der 600 Ringgit - nicht einmal 350 DM - bleiben.

„Die staatliche Lizenz, Arbeitskräfte ins Ausland zu vermitteln, gilt in Indonesien als besonders rascher Weg zum Wohlstand", schreibt der Spiegel weiter. „Da winken Margen, wie sie sonst nur bei der Vermittlung von Prostituierten zu erzielen sind." Und sicherheitshalber hat Siemens der 23-jährigen Lita wie den übrigen 600 indonesischen Gastarbeiterinnen auch den Paß abgenommen. Sicher ist sicher, man will keine der in tristen, mit Stacheldrahtzäunen gesicherten Wohnsilos kasernierten Arbeiterinnen verlieren.

In Malaysia wurden 1973 in Penang, 1974 in Selang und 1975 in Malakka die ersten FPZ ins Leben gerufen. Zwischen 1986 und 1990 kamen drei weitere FPZ hinzu: zwei in Perak - Jelapang II und Kinta - sowie Muara Taban auf Sarawak. Zwischen 1973 und 1990 stieg die Zahl der Beschäftigten in den sechs Freien Produktionszonen von 21.000 auf fast 110.000, die in 145 Firmen beschäftigt sind.

Japanische und US-amerikanische Firmen sind mit 36,5 bzw. 17 Prozent die beiden Hauptinvestoren in den malaysischen FPZ, gefolgt von südostasiatischen NICs (New Industrialized Countries), die fast 16 Prozent aller Investitionen tätigten und Malaysia mit 14 Prozent. Deutsche Firmen brachten es bis 1990 auf gerade 9,2 Prozent der Gesamtinvestitionen.

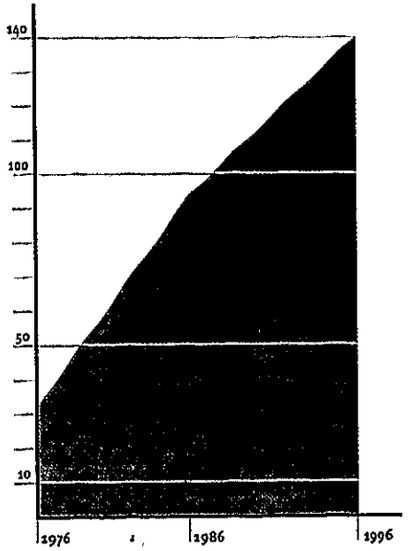
Der weltweite Elektronik-Boom hat das südostasiatische Land inzwischen zum größten Exporteur von Halbleiterprodukten werden lassen. Der heimische Arbeitsmarkt kann die Nachfrage nach ungelernten Billigarbeitern kaum noch decken. Eine Million Gastarbeiter sind dem Lockruf des Ringgit bisher gefolgt. Und besonders schwierig ist es inzwischen, Facharbeiter, Ingenieure und andere Spezialisten anzuheuern. Schon heute findet in Südostasien ein regelrechter Wettkampf um Spitzenkräfte statt.

Die südostasiatischen Tiger: Speckgürtel Japans oder Profiteure der ersten Stunde

In Taiwan, Singapur, Hongkong und Südkorea hatten die Regierungen bereits Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre neue Wege beschritten. Zunehmend ersetzten sie ihre Importsubstitutionspolitik durch exportorientierte Industrialisierungsstrategien. Freie Produktionszonen waren daher ein Teil der staatlichen Entwicklungsinstrumente. Schon 1966 wurden im taiwanesischen Kaohsiung und bald darauf in Nantze und Taichung FPZ eingerichtet. 1971 etablierte Südkorea nahe der Hafenstadt Pusan die Freihandelszone Pusan, die freie Produktionszone Iri folgte 1974. Der ganze Stadtstaat Singapur, der nur ein Viertel der Fläche Luxemburgs ausmacht, hatte damals schon den Status einer einzigen großen FPZ. In Hongkong ähnelten Zölle, Steuern, Arbeitsgesetze und Gewerkschaftspolitik bereits Ende der 70er Jahre entsprechenden Regelungen der FPZ in den Nachbarländern.

Die vier südostasiatischen Länder waren sozusagen Profiteure der ersten Stunde. In ihren Wirtschaftsenklaven wurde die Produktion mit der ersten Welle der neuen Arbeitsteilung und den damit steigenden Auslandsinvestitionen Anfang der 70er Jahre rasch aufgenommen. Dabei profitierten sie besonders von der guten Weltkonjunktur und dem enormen Wirtschaftsboom in Japan. Der globale Handel verzeichnete zwischen 1968 und 1973 Wachstumsraten von 8,7 Prozent, Werte, die später nie wieder erreicht wurden. Die FPZ erfüllten

Freie Produktionszonen in Asien



(Quellen: 86 IAO, 96 WEPZA, eigene Berechnungen)

alle in sie gesetzten ökonomischen Erwartungen, zumal sich die Investitionen der Länder im Rahmen hielten. Die quasi exterritorialen Wirtschaftsgebiete konnten auf einer bestehenden Infrastruktur aufbauen, wurden in Taiwan und Südkorea rasch mit den heimischen Verarbeitungsbetrieben verzahnt und verhalfen zu einem Technologietransfer, wie er in den optimistischen FPZ-Konzeptionen vorgesehen war.

Von Anfang an konnten die FPZ dieser Länder Netto-Exporterlöse verbuchen. Sie ergeben sich aus den gesamten FPZ-Ausfuhren minus der Importe, die in der Regel bei Firmen in Freien Produktionszonen besonders zu Anfang, aber auch später, relativ hoch sind. IAO-Analysen kommen zu dem Ergebnis, daß diese Länder fast im klassischen Sinne eine nachholende Entwicklung durchgemacht haben.

Indonesien und die Philippinen sind heute praktisch das Hinterland für die vier „südostasiatischen Tigerstaaten". In ihren Freien Produktionszonen haben sich hauptsächlich Textil- und Bekleidungsbetriebe angesiedelt, deren Muttergesellschaften vorwiegend aus Hongkong, Singapur und Südkorea stammen. Das starke Engagement von Firmen aus Hongkong ist vor allem auf die unsichere Zukunft des Stadtstaates zurückzuführen. Allerdings haben in beiden Gastländern die Freien Produktionszonen die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Sie haben nur geringfügig zu mehr Beschäftigung beigetragen; nach Schätzungen sollen in Indonesien kaum mehr als ein Prozent aller neuen Arbeitsplätze der verarbeitenden Industrie in Freien Produktionszonen entstanden sein. Auf den Philippinen mußten erhebliche Mittel für die Schaffung einer Infrastruktur bereitgestellt werden, so daß die Wirtschaftsenklaven bis Mitte der 80er ein Verlustgeschäft für das Land darstellten.

Internationale Arbeitsteilung: Vollbeschäftigung in Südostasien

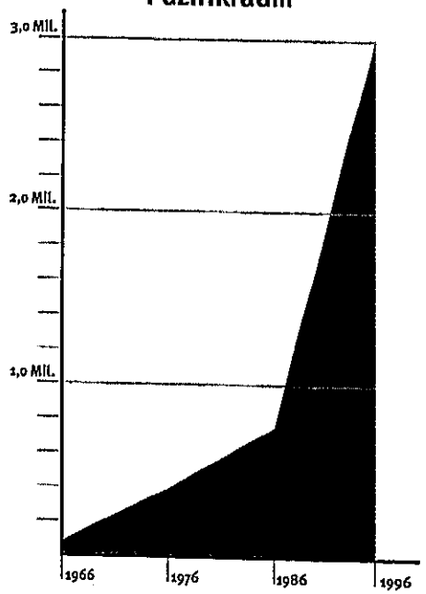
Positiv fällt die Bilanz für die asiatischen Volkswirtschaften aus, wenn auch die Einzelergebnisse weit auseinander liegen. Die „vier kleinen Tiger", Hongkong, Taiwan, Singapur und Südkorea, haben seit den 60er Jahren eine rasante Entwicklung durchgemacht. Sie weisen heute eine Wirtschafts- und Einkommensstruktur auf, die der in den Industrieländern immer ähnlicher wird. Dort gehen fast alle Menschen einer geregelten Arbeit nach, der informelle Sektor ist fast verschwunden und besonders gut ausgebildete Fachkräfte und Ingenieure sind bereits Mangelware. So versuchen beispielsweise Firmen aus Singapur gezielt aus Hongkong - wegen des Anschlusses an China - abwanderungswillige Führungskräfte anzuwerben.

In Malaysia, das immer mehr Merkmale eines Industrielandes annimmt, herrscht Vollbeschäftigung. Die boomende Industrie ist sogar auf immer mehr Gastarbeiter aus Bangladesch, Indonesien und den Philippinen angewiesen. Auch in Thailand und Indonesien, die immer noch mit typischen Entwicklungsländerproblemen kämpfen und ein erhebliches soziales Gefälle aufweisen, beginnt sich die Beschäftigungsstruktur langsam zu ändern. Zwar sind immer noch die Hälfte aller Einwohner in der Landwirtschaft beschäftigt, aber Industrie und Dienstleistungen bieten zunehmend mehr Arbeitsplätze. Ein Sonderfall ist China. Dort sind noch 20 Prozent der Erwerbsbevölkerung in Staatsbetrieben beschäftigt. Aber besonders in den Küstengebieten und Großstädten wie Shanghai und Peking arbeiten bereits über 100 Millionen Menschen in Privatfirmen.

Die Situation in Südasien stellt sich weitaus schlechter dar. Das wirtschaftliche Wachstum ist dort im Vergleich zu den ostasiatischen Nachbarn eher bescheiden, so daß keine Auswirkungen auf den Beschäftigungsmarkt zu verzeichnen sind.

Indien, wo bereits 1965 im Hafen von Kandla die erste FPZ eingerichtet wurde und das heute insgesamt über sieben Zonen - Kandla, Bombay, UP (Noida), Tamil Nadu (Madras), West Bengal (Falta), Kerala (Cochin), Visakhapatnam - verfügt, war demgegenüber weitaus weniger erfolgreich. In den Zonen Kandla und Santa Cruz/Bombay sind weniger als 2.000 Menschen beschäftigt. 1993/94 machten die FPZ-Exporte nicht einmal drei Prozent der Gesamtausfuhren des Landes aus. Die Ursache: Nur 21 der insgesamt 453 Firmen in den Wirtschaftsenklaven sind Töchter ausländischer Muttergesellschaften. Eine schwerfällige Bürokratie, umständliche Prozeduren und eine weiterhin importsubstituierende Wirtschaftspolitik schreckten ausländische Investoren ab, die in Taiwan, Südkorea, Singapur, Hongkong und Malaysia einen Großteil der FPZ-Exporte erwirtschaften. Seit Mitte 1991 hat Indien mit Erfolg einen wirtschaftlichen Reformkurs eingeschlagen und zieht immer mehr ausländische Investoren an.

Beschäftigte in Freien Produktionszonen Asien und der Pazifikraum



(Quellen: 86 IAO, 96 IBFG, eigene Berechnungen)

Keine Gewerkschaften, keine Streiks

„Optimaler Profit: Investieren Sie in den FPZ von Bangladesch", lautete kürzlich eine große Anzeigenüberschrift im Magazin einer Fluggesellschaft. „Bangladesch bietet äußerst preiswerte und trotzdem produktive Arbeitskräfte", heißt es weiter im Kleingedruckten unter dem Foto einer stacheldrahtumzäunten blitzsauberen Industrieansiedlung. „Die Bildung von Gewerkschaften in den Zonen ist gesetzlich verboten und Streiks sind illegal." Bangladesch, aber auch Pakistan und Sri Lanka, werben mit ihren sogar im Vergleich zu den südostasiatischen Nachbarn billigen Arbeitskräften. Um ausländische Investoren anzulocken, mußten sie erhebliche Mittel für die Infrastruktur und das Kommunikationswesen bereitstellen. Außerdem ist die Kluft zwischen der heimischen Industrie und den Auslandstöchtern der investierenden Muttergesellschaften derart groß, daß ein Technologietransfer praktisch nicht stattfindet und so gut wie keine Produkte von den heimischen Märkten bezogen werden. So betrug beispielsweise 1991 das Verhältnis zwischen Importen und lokalen Gütern in Sri Lanka 25:1. Dort sind heute zwar über 110.000 Menschen in FPZ beschäftigt, sie machen aber nur wenig mehr als ein Prozent der gesamten Erwerbsbevölkerung aus. Grundsätzlich gilt auch für Pakistan und Bangladesch, daß die FPZ lokal sicherlich zu mehr Beschäftigung führen, insgesamt aber kaum Auswirkungen auf den nationalen Arbeitsmarkt haben und Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit keineswegs abbauen. ■

Sonderwirtschaftszonen:

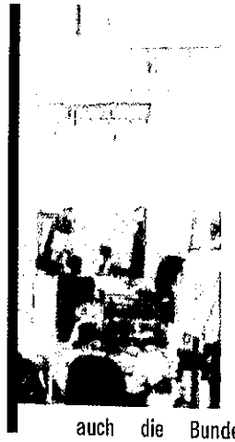
Motoren der chinesischen Wirtschaft

Seit Mao Zedongs Tod 1976 widmen sich die Chinesen mit zunehmender Leidenschaft dem Kapitalismus. „Sozialismus" ist heute eher Schlagwort denn tägliche Realität. Der Ausspruch seines Nachfolgers Deng Xiaoping, daß „der Erwerb von Reichtum ruhmreich" sei, wurde begeistert aufgenommen. Kein Land der Erde konnte zwischen 1978 und 1992 ein ähnlich hohes durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 8,4 Prozent ausweisen, wobei 1992 mit 13 und 1993 mit 13,4 Prozent absolute Spitzenwerte erzielt worden sein sollen. Für 1995 werden „nur" zehn Prozent erwartet. Die Weltbank hat bereits prognostiziert, daß im Jahr 2002 China zusammen mit Hongkong und Taiwan ein höheres Bruttosozialprodukt erwirtschaften wird als die USA.

Als „Experiment" betrachtete die chinesische Führung zunächst die vier Sonderwirtschaftszonen (SWZ) - Shenzhen, Shantou und Zhuhai in der Provinz Guandong und Xiamen in der Provinz Fujian -, die Anfang der 80er Jahre ihren Betrieb aufnahmen. Innerhalb der sozialistischen Planwirtschaft waren die SWZ Laboratorien für wirtschaftliche Reformen. Man richte „Fenster für westliche Technologien", für ausländisches Kapital und Know-how ein, hieß es offiziell. Dazu wurden ausländischen Investoren ähnliche Vorteile - von mehrjäh-

riger Steuerfreiheit bis hin zu zollfreien Einfuhren von Maschinen und Rohstoffen - wie in den übrigen FPZ in der Welt eingeräumt.

Die spektakulären Wachstumsraten der ersten Sonderzonen - besonders von Shenzhen, der mit Abstand größten SPZ - hatten zur Folge, daß in der zweiten Hälfte der 80er Jahre Sonderzonen in China wie Pilze aus dem Boden schossen. 1988 wurde Hainan zur Sonderwirtschaftsprovinz erklärt, gefolgt von der Zone „Pudong New Area" 1990, mit fünf Freihäfen entlang des Yangtse-Flusses, 13 offenen Grenzstädten und elf offenen Provinzhauptstädten. Einem Diskussionspapier des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg zufolge soll es in China heute bereits rund 2.000 Sonderzonen - Grenzzonen, Touristenzonen, High-Tech-Zonen, Zollfreie Zonen, Sonderwirtschaftszonen, Freie Städte, Freihäfen, usw. - auf einer Fläche von über 10.000 Quadratkilometern geben. 14 - 40 Millionen Menschen sollen dort arbeiten, ja es gibt sogar Schätzungen von 60 bis 70 Millionen Beschäftigten. Von fünf Prozent aller chinesischen Exporte 1985 kletterte der Ausstoß der ersten vier Sonderwirtschaftszonen auf mehr als 15 Prozent 1991, fast 16 Prozent aller ausländischen Investitionen flossen allein in diese SPZ.



Quo vadis China?

Eine Armee von Arbeitsuchenden drängt in die Ballungszentren - nach amtlichen Angaben 105 Millionen Landarbeiter, andere Schätzungen reichen sogar bis 200 Millionen. Ob die Veränderungen vom Agrarstaat zum Industrieland in China ohne soziale Verwerfungen vonstatten gehen werden, bezweifelt u.a. auch die Bundesstelle für Außenhandelsinformationen in Köln. Die freigesetzten Arbeitskräfte der staatlichen Unternehmen und die abwanderungswillige Landbevölkerung, die in der Landwirtschaft kein Auskommen mehr findet, könnten zu einem Konfliktpotential werden, das „den gesamten Reformprozeß bis in die Fundamente erschüttern" könnte.

Doch dem „Reich der Mitte" droht nicht nur sozialer Sprengstoff. Nach Ansicht von Experten könnten auch bald wieder Hungersnöte drohen. Erstmals mußte das Land wieder größere Mengen Getreide importieren. 16 Millionen Tonnen 1995 und bald bereits etwa 50 Millionen prophezeien Agrarfachleute der FAO. Die Ursachen liegen einerseits darin, daß das landwirtschaftliche Potential Chinas ausgereizt ist. Die Hektarerträge für Reis und Weizen lassen sich auch durch mehr Düngung kaum noch steigern und über Brachland, das neu unter den Pflug genommen werden könnte, verfügt das Land nicht. Schlimmer noch, jährlich gehen 1,2 Milliarden Hektar Ackerland durch Erosion und Bebauung verloren. Andererseits schmälert der wirtschaftliche Aufschwung indirekt die Ernährungsbasis. Denn: Mit zunehmendem Wohlstand geben sich die Besserverdienenden nicht mehr nur mit Reis und Kohl zufrieden. Fleisch, bisher hauptsächlich Schweinefleisch, muß auf den Tisch. Vor 20 Jahren aß ein Chinese durchschnittlich rund acht Kilogramm Fleisch - heute sind es etwa viermal soviel. Die Aufzucht von Vieh verschlingt gewaltige Mengen Getreide, die für die Teller der Armen verloren gehen.

Es scheint heute, als ob das mit knapp 1,2 Milliarden Einwohnern bevölkerungsreichste Land der Erde dem Beispiel Japans und Koreas folgen wird, die beide bis zu Beginn ihrer Industrialisierung Selbstversorger waren. Sie konnten ihren Nahrungsmittelbedarf auf dem Weltmarkt decken. Doch wo soll China angesichts dieses Trends seinen Bedarf in Zukunft decken, wenn weiterhin nur knapp 200 Milliarden Tonnen Getreide weltweit verfügbar sind? Zumal bis zum Jahr 2025 etwa 1,6 Milliarden chinesische Erdenbürger erwartet werden, wenn die Bevölkerungspolitik durch die Regierung weiterhin rigoros überwacht wird. Ist das nicht mehr der Fall und bricht der Damm, kann sich das sowieso labile Gleichgewicht der Welt leicht und schnell verschieben. ■

Lateinamerika: Die verlängerte Werkbank der USA?

Mexiko: Unabhängige Gewerkschaften sind unerwünscht

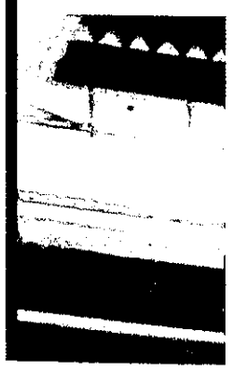
Als den Arbeiterinnen von Plasticos Bajacal Anfang 1993 für einen unverschuldeten Fehltag der Lohn für drei Tage abgezogen werden sollte, waren sie mit ihrer Geduld am Ende. Verheerende Überschwemmungen hatten die 450 Beschäftigten des US-amerikanischen Plastikwarenherstellers in Tijuana von ihrem Arbeitsplatz ferngehalten. Die Stimmung in der Maquiladora war schon vorher angespannt, weil ein Kollege aufgrund mangelnder Schutzkleidung ein Auge verloren und eine der Arbeiterinnen am Montageband eine Fehlgeburt erlitten hatte. Eine schlagkräftige, unabhängige Interessenvertretung mußte her. Doch als die Frauen sich zu organisieren begannen, mußten sie feststellen, daß die Firma bereits einen Tarifvertrag mit der CROM, der regionalen Konföderation der Arbeiterinnen Mexikos, abgeschlossen hatte. Die CROM jedoch wird von der mexikanischen Regierung kontrolliert, die darauf bedacht ist, ausländische Investoren zufriedenzustellen.

So blieb den Frauen nichts anderes übrig als zu versuchen, eine unabhängige Gewerkschaft auf die Beine zu stellen. Darauf reagierte Plasticos Bajacal jedoch mit einer massiven Einschüchterungskampagne, und zwölf Aktivistinnen wurden sofort entlassen. Trotzdem hielten die Frauen des Werkes durch bis zu den Betriebsratswahlen im Dezember 1993, zu denen die CROM Schläger in den Betrieb lotste. Da Betriebsratswahlen nach mexikanischem Recht jedoch nicht geheim sein dürfen, stand das Wahlergebnis bereits vor der Stimmenauszählung fest. Um nicht noch mehr Menschen zu gefährden, brach das Komitee zum Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaft den Urnengang ab. Damit war auch der dritte Versuch gescheitert, eine Interessenvertretung zu gründen, die diesen Namen auch verdient und sich für die Forderungen der Frauen nach höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen und niedrigeren Arbeitszeiten einsetzt. Denn schon die beiden vorherigen Anläufe hatte die Firmenleitung erfolgreich torpediert.

Willkürliche Entlassungen, schwarze Listen, Bespitzelungen, Einschüchterungen, alle nur möglichen Repressalien, Schlägertrupps - mit allen Mitteln versuchen Unternehmen in den mexikanischen FPZ, den sogenannten Maquiladoras, unabhängige Gewerkschaften zu verhindern. Wenn nötig werden sogar einzelne Abteilungen oder auch ganze Werke geschlossen, um Ansätze zu kämpferischen freien Gewerkschaften bereits im Keim zu ersticken.

Internationale Arbeitsteilung: In Südamerika wächst die Schattenwirtschaft

Für die Länder Lateinamerikas und der Karibik prognostiziert die IAO keine Trendwende am Arbeitsmarkt. Die wirtschaftliche Wiederbelebung nach den als verlorenes Jahrzehnt bezeichneten 80er Jahren reiche nicht, um die Beschäftigung - die Erwerbsbevölkerung wächst aufgrund jetzt nachrückender geburtenstarker Jahrgänge schneller als die Gesamtbevölkerung - durchgreifend zu bessern. Vielmehr wachse auch in Lateinamerika der informelle Sektor erheblich an.



Freie Fahrt für das Kapital

Für Kapital, Waren und Dienstleistungen ist die Grenze zwischen den USA und Mexiko weitgehend offen. Die nordamerikanische Freihandelszone erlaubt seit Anfang 1994 einen fast ungehinderten Handels- und Investitionsfluß über den Rio Grande. Für mexikanische Arbeitskräfte aber wird der eiserne Vorhang vor Texas, New Mexico, Arizona und Kalifornien immer unüberwindbarer. Wäre er durchlässiger, verlöre die Maquiladora-Industrie im Norden Mexikos, die „verlängerte Werkbank" der USA, rasch ihre billigen Arbeitskräfte.

„Maquila" hieß in der Kolonialzeit das Mahlgeld, das der Müller für seine Arbeit einsteckte, eine Teilarbeit auf dem Weg von der bäuerlichen Aussaat zum Brot. „Maquiladora" beschreibt zutreffend die mexikanische Montageindustrie, die integriert ist in einen andernorts, zumeist US-amerikanisch gesteuerten Produktionsprozeß, der billiger Arbeitskräfte bedarf, um hohe Gewinne abzuwerfen.

Weit über eine halbe Million Mexikaner sind heute in den über 2.000 Maquiladora-Fabriken des Landes beschäftigt. Mehr als 80 Prozent der Betriebe sind in den Bundesstaaten Baja California Norte, Sonora, Chihuahua, Cohuila, Nuevo Leon und Tamaulipas entlang der 2.000 Kilometer langen US-amerikanisch-mexikanischen Grenze angesiedelt und zwei Drittel von ihnen in US-amerikanischem Besitz.

1966 hat Mexiko das sogenannte Maquiladora-Programm (Mexikanisches Grenzindustrialisierungsprogramm) aufgelegt, das sowohl ausgewählte Wirtschaftszonen ausweist als auch einzelnen Firmen Maquiladora-Status zuerkennt. Grundsätzlich bietet das Programm ausländischen Investoren ähnliche Bedingungen wie die Freien Produktionszonen in anderen Entwicklungsländern.

Angesichts der geringen mexikanischen Lohnkosten, der Zoll- und Steuervergünstigungen, der mexikanischen Vorleistungen und der Nähe zum US-Markt stieg die Zahl der einheimischen und ausländischen Maquiladora-Unternehmen allein zwischen 1975 und 1988 von 454 auf 1.396, und die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 67.000 auf knapp 370.000.

Etwa drei Viertel der Beschäftigten in Maquiladora-Betrieben sind ledige Frauen mit einem Durchschnittsalter von 22 Jahren. Sie arbeiten überwiegend als Anlernlinge in wenig qualifizierten Positionen, werden durchweg schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen und haben in der Regel einen Zehn-Stunden-Arbeitstag.

Auf den ersten Blick erscheint die Maquila-Bilanz Mexikos imposant, betrachtet man sie jedoch im wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang des Landes besteht, zur Freude kein Grund mehr. Die neuen Arbeitsplätze in den Maquila-Betrieben haben die steigende Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit - 1993 30 bzw. mehr als 20 Prozent - nicht aufhalten können. Die heimische Industrie profitiert kaum, nur ein verschwindend kleiner Teil der in den Maquila-Betrieben verbrauchten Güter wird in Mexiko selbst hergestellt, die Masse kommt hauptsächlich über den Rio Grande ins Land.

Moderne Sklaven für unsere Kleider

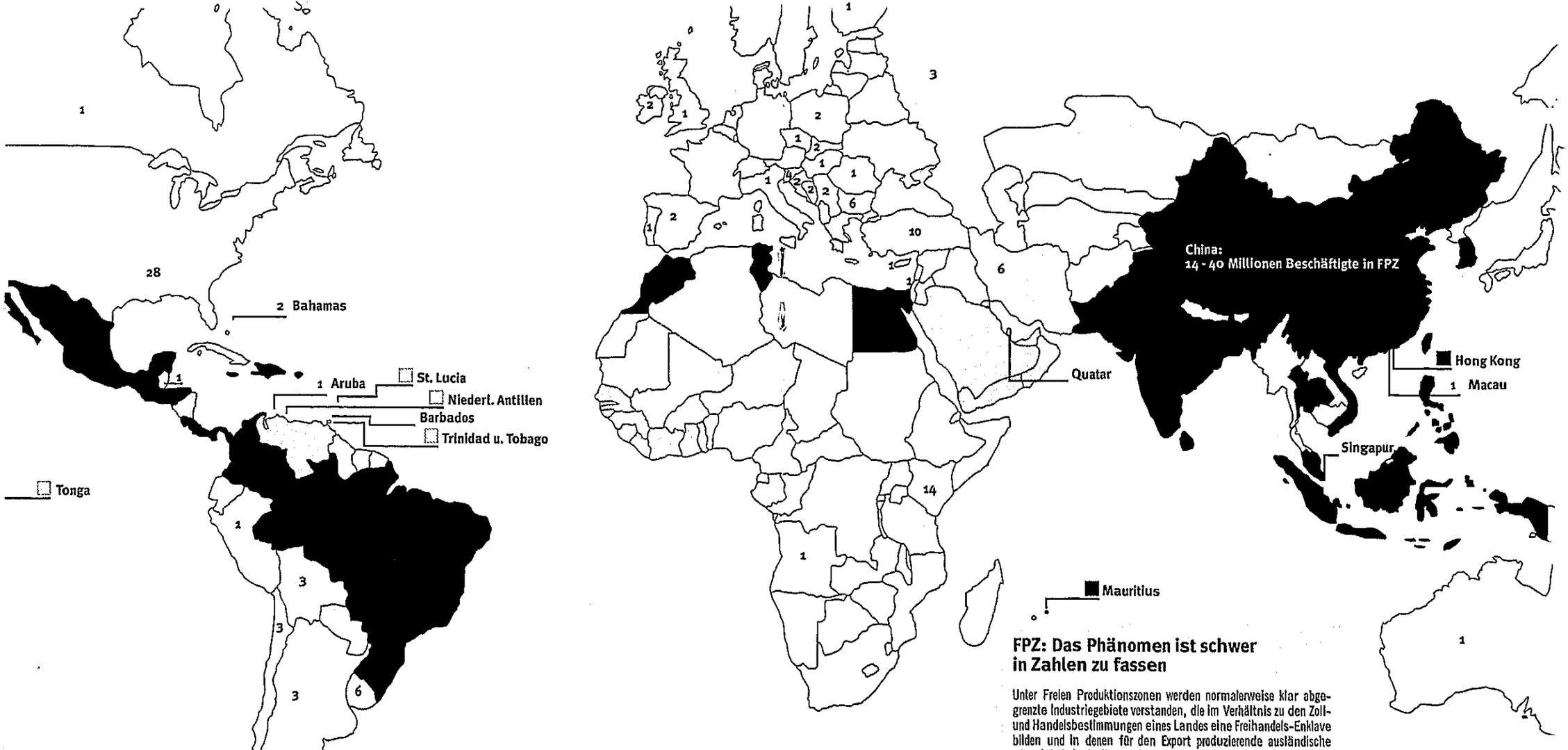
- Maria Paula Rodriguez, 23 Jahre alt, stirbt am 5. Oktober 1995 an ihrem Arbeitsplatz. Wegen starker Schmerzen hatte sie gebeten, einen Arzt aufsuchen zu dürfen. Es wurde ihr untersagt. Statt dessen verabreichte man ihr ein Medikament. Kurze Zeit später war sie tot. Maria Paula Rodriguez arbeitete bei Han Chang Textiles, einem Maquiladora-Betrieb in der Freien Produktionszone San Marcos in San Salvador.

- Am 5. Oktober 1995 werden in der Fabrik Encasa und Esmodica in San Salvador 120 Arbeiterinnen mit der Begründung, Kommunistinnen und Verbündete der Guerilla zu sein, entlassen. Die Fabrik, ebenfalls ein Maquiladora-Unternehmen, ist im Besitz der ARENA-Abgeordneten Milená de Escalón, der Schwester des Präsidenten El Salvadors, Calderón Sol. Der wirkliche Grund für die Entlassung: Die Arbeiterinnen hatten dagegen protestiert, daß das Unternehmen über ein Jahr lang von ihnen einbezogene Sozialversicherungsabgaben nicht weiterleitete.

- Am 28. Februar 1995 wird die Textilarbeiterin Deborah Guzmán aus dem Maquila-Betrieb L&L-Modas wegen des gewerkschaftlichen Engagements ihres Partners in Guatemala entführt. Nach ihrer Freilassung erhält sie fortlaufend Morddrohungen, die letzte im März 1996. Man droht ihr an, sie erneut zu entführen und zu töten, wenn ihr Mann Felix Gonzales seine Tätigkeit bei der guatemaltekischen Arbeiterinnengewerkschaft ANSITRAGUA nicht einstellen würde.

- Flor de Maria Salguero von der Gewerkschaft FESTRAS wird im Mai 1995 in Guatemala-Stadt auf dem Weg zur Arbeit von ihr unbekannten Männern aus dem Bus gezerrt. Sie schleppen sie in ein Haus, wo sie geschlagen und vergewaltigt wird. Flor de Maria ist ebenfalls im Maquiladora-Bereich aktiv. Durch ihr Engagement gegen Menschenrechtsverletzungen in US-amerikanischen Maquila-Fabriken kam es 1994 im US-Kongreß zu einer Anhörung.

Christliche Initiative Romero e.V., Münster



Beschäftigte in FPZ:

- ■ über 100.000
- ■ 10.000 bis 100.000
- □ bis 10.000

Länder mit FPZ ohne Beschäftigungsangaben oder mit FPZ in Planung

Zahlen geben Anzahl der FPZ an (WEPZA)

FPZ: Das Phänomen ist schwer in Zahlen zu fassen

Unter Freien Produktionszonen werden normalerweise klar abgegrenzte Industriegebiete verstanden, die im Verhältnis zu den Zoll- und Handelsbestimmungen eines Landes eine Freihandels-Enklave bilden und in denen für den Export produzierende ausländische oder einheimische Unternehmen eine ganze Reihe steuerlicher und finanzieller Vergünstigungen genießen. Aber es gibt eine Vielzahl von Definitionen - und viele Ausnahmen. So sind Länder wie Hongkong, Singapur oder Mauritius quasi eine einzige große FPZ. In vielen anderen Ländern wie beispielsweise Tunesien und Mexiko werden vielen Einzelbetrieben FPZ-Vergünstigungen gewährt. Mexiko weist neben den Maquila-Betrieben eine derart ausgedehnte FPZ entlang der gesamten US-amerikanischen Grenze auf, die aufgrund ihrer Ausdehnung nicht mehr mit der Definition von lokal begrenzten Freien Produktionszonen übereinstimmt. Ähnlich verhält es sich teilweise mit den Sonderzonen - Grenzzonen, Touristenzonen, Freien Städten, usw. - in China. Daher sind die teilweise unterschiedlichen Zahlenangaben über die Anzahl der FPZ immer auch ein Resultat der verschiedenen FPZ-Definitionen. Hinzu kommt, daß die „Unternehmen auf Rädern" häufig wie die „Schwalben" - in Mittelamerika werden FPZ-Unternehmen auch Schwalbenbetriebe genannt - von einer FPZ zur anderen wandern und Angaben über die Beschäftigten in einer Zone häufig nach wenigen Monaten überholt sind.

Mittelamerika und Karibik: Nähstube der USA

Jedes Jahr kurz vor Weihnachten steht Irma quasi auf der Straße. Regelmäßig wird die Textilarbeiterin in der Zona Franca von San Bartolo in El Salvador wenige Tage vor dem Fest entlassen. Regelmäßig wird sie in den ersten Januartagen - zuletzt für 1.100 Colones im Monat, weniger als der monatliche Mindestlohn von 250 DM - wieder eingestellt. Jedes Jahr dieselbe Prozedur, denn so muß kein Weihnachtsgeld und keine Betriebszugehörigkeitsprämie gezahlt werden. Irma, die vier Kinder zu versorgen hat und deren Mann arbeitslos ist, macht nun seit Jahren dieses Spielchen zähneknirschend mit. Sie hat erlebt, wie für andere Arbeiterinnen, die auf ihre Rechte pochten, die Werkstore im neuen Jahr geschlossen blieben.

Unflexible Arbeiterinnen werden ganz unangefochten von so etwas wie Kündigungsfristen und Kündigungsschutz entlassen, Auftrags- und Konjunktureinbrüche werden als höhere Gewalt eingestuft. Heuern und Feuern, aus welchem Grund auch immer, ist in den mittelamerikanischen und karibischen FPZ, dort auch Zona Franca genannt, an der Tagesordnung. Verbriefte Rechte werden mit plumpen Tricks und fadenscheinigen Begründungen umgangen, damit der Profit stimmt.

Heuern und Feuern: Probates Mittel für alle Wirtschaftslagen

Hochflexibel, so die zynische Umschreibung im Managementjargon für Heuern und Feuern, wie es den Unternehmen gerade paßt, müssen die Arbeiterinnen in den Freien Produktionszonen Mittelamerikas sein. Während beispielsweise 1982/83 noch 12.000 Menschen in den beiden Wirtschaftsenklaven Costa Ricas beschäftigt waren, arbeiteten dort nach Angaben der Weltbank 1989 nur noch 4.500. Heute gibt es schon wieder acht FPZ, in denen über 30.000 Menschen einer Arbeit nachgehen. Auch in El Salvador verlief die Entwicklung ähnlich: Von 6.143 Arbeitsplätzen im Jahre 1975 waren 1989 noch 3.500 übrig. Heute arbeiten in den über 200 salvadorianischen Maquiladora-Betrieben einer IAO-Studie zufolge über 60.000 Menschen. 1991 wurde beispielsweise in Choloma in der Nähe des wichtigsten Hafens des Landes, Puerto Cortés, eine FPZ eröffnet, die fast 7.000 Arbeitsplätze bietet. Seitdem hat sich das Gesicht der Stadt grundlegend verändert. Aus dem ruhigen etwa 30.000 Einwohner zählenden Provinzstädtchen ist eine mittelgroße Industriestadt mit Wohnungsnot, Slums, Kriminalität und rasant steigenden Bodenpreisen geworden.

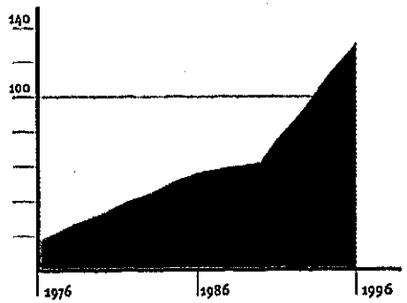
"Ganz El Salvador soll eine einzige Freie Produktionszone werden", lautet die Vision des unternehmerfreundlichen Präsidenten Calderón Sol, der im Frühjahr 1994 an die Macht kam. Rechtlich hat er die Voraussetzungen dafür weiter verbessert.

Abbau bürokratischer Hemmnisse und Förderung von Auslandsinvestitionen lautet seine vielbeschworene Formel.

Ähnlich wie Costa Rica und El Salvador dümpelten auch die FPZ in Honduras, Guatemala und Panama lange Zeit vor sich hin. Zwar hatten alle schon Mitte der 70er Jahre eine oder mehrere Zonen eingerichtet, aber erst seit etwa fünf Jahren schießen Maquiladoras wie Pilze aus dem Boden. 1995 führte Honduras mit Ausfuhren in die USA im Werte von 918 Millionen US-$ die Exportstatistik Mittelamerikas an, gefolgt von Costa Rica mit 756 Millionen US-$, Guatemala mit 682 Millionen US-$ und El Salvador mit 582 Millionen US-$. Das Schlußlicht mit nur 73 Millionen US-$ bildet Nicaragua, das bislang nur eine Freie Produktionszone, Las Mercedes, anbietet. Das Wachstum ist dennoch enorm: Seit 1990 siedelten sich bereits 18 Firmen in Las Mercedes an, die derzeit 1.000 ArbeiterInnen beschäftigen.

Mehr als 80 Prozent der mittelamerikanischen Weltmarktfabriken produzieren für die Bekleidungsbranche. 80 bis 90 Prozent aller Beschäftigten sind dort Frauen, die für monatlich 100 bis 180 DM in der Regel zwischen zehn und zwölf Stunden täglich schuften. Kaufen können sich die ArbeiterInnen die von ihnen angefertigten Produkte jedoch nicht. Unter den Markenzeichen GAP, Eddie Bauer, Levi Strauss, Calvin Klein oder Wrangler erobern diese made in USA die kaufkräftige Welt.

Freie Produktionszonen in Lateinamerika



(Quellen: 86 IAO, 96 WEPZA, eigene Berechnungen)

Mittelamerika: Sprungbrett für asiatische Unternehmen

Während die US-Firmen hauptsächlich wegen der billigen Arbeitskräfte Teilfertigungsprozesse nach Zentralamerika verlagern, versuchen die asiatischen Unternehmen von Mittelamerika aus den US-amerikanischen Markt zu erobern. Die asiatischen Textilgiganten haben die Region unter sich aufgeteilt: Japan investiert in Mexiko und Costa Rica, Taiwan in Honduras und Nicaragua, Südkorea in Guatemala und El Salvador. „Die Länder in der Region haben wenig davon", meint Eduardo Melendes, Wirtschaftsprofessor an der Nationaluniversität in San Salvador. „Sie schaffen zwar Arbeitsplätze, aber nur zu Bedingungen der Maquila-Industrie."

Dem jeweiligen Land bringen die Freien Produktionszonen wenig Geld in die Staatskasse - keine Steuern, keine Zolleinnahmen, lediglich die geringen Löhne und die Mieten für die Fabrikanlagen bringen Devisen ein. Jedoch auch dieser Devisenbetrag ist eher unbedeutend. Für die Freien Produktionszonen in Costa Rica wurden diese Einnahmen 1993 auf 43 Millionen US-$ geschätzt, lediglich 1,6 Prozent der Gesamteinnahmen des Landes aus Waren- und Dienstleistungsexporten. Auch der Transfer von Wissen und Technologie ist gering, da in den zentralamerikanischen Welt-

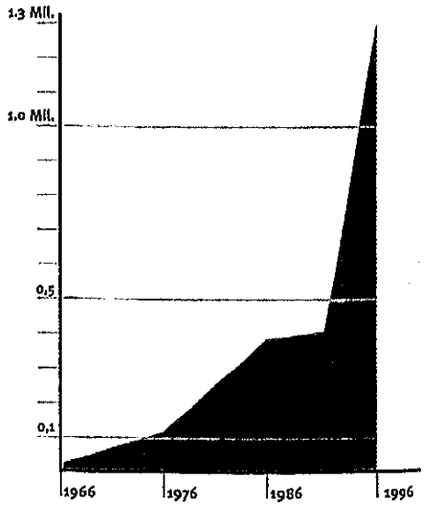
marktfabriken fast ausschließlich einfache Tätigkeiten von angelerntem Personal ausgeführt werden. Nachfrageimpulse für die nationale heimische Industrie gehen von den Weltmarktfabriken gleichfalls nicht aus, da sie überwiegend vorgefertigte Teile aus dem Ausland beziehen. Selbst weit mehr als ein Drittel der Verpackungskartons werden von den Unternehmen in Honduras und Costa Rica importiert.

Karibik: Datenverarbeitung und Telemarketing für die USA

In der Dominikanischen Republik und auf Haiti stieg die Anzahl der Beschäftigten in den Freien Produktionszonen auch in den 70er und 80er Jahren kontinuierlich. Auf Jamaika begannen die Freien Produktionszonen erst zu boomen, als der Inselstaat im Laufe der Rezession Ende der 70er bis Anfang der 80er Jahre das Ruder herumgeworfen hatte. Damals fielen die Preise für die Hauptexportgüter des Landes - Aluoxid, Bauxit, Bananen und Zucker.

In 109 heimischen und ausländischen Firmen in fünf FPZ - überwiegend aus den USA, aber auch aus Hongkong und Südkorea - arbeiten heute mehr als 31.000 Frauen und Männer, rund 90 Prozent davon in der Textilindustrie. Seit 1989, dem Jahr der Eröffnung des Jamaica Digiport International in der FPZ von Montego Bay, haben sich auch 26 Datenverarbeitungs- und Telemarketingfirmen angesiedelt, die ausschließlich den US-amerikanischen Markt bedienen. Sie besitzen einer Untersuchung der Vereinten Nationen zufolge keinerlei Anbindung an die heimische Industrie. Der Mindestlohn auf der Karibikinsel betrug 1993 umgerechnet ganze 0,34 US-$ pro Stunde. In der Textilindustrie, wie auch in der Datenverarbeitung werden aber leistungsbezogene Löhne bezahlt, so daß beispielsweise Näherinnen in der Kingston-FPZ auf etwas mehr als einen US-$ Stundenlohn kommen können. ■

Beschäftigte in Freien Produktionszonen Lateinamerika



(Quellen: 86 IAO, 96 IBFG, eigene Berechnungen)

Afrika: Kein Ziel für „vagabundierendes Kapital"

FPZ: Kein Rezept für afrikanische Volkswirtschaften

Eine Faustregel besagt, daß die Ausgaben für Infrastruktur, Wasser- und Elektroanschlüsse und die sonstigen Voraussetzungen in einer erfolgreichen Freien Produktionszone pro neu geschaffenem Arbeitsplatz nicht mehr als das Fünffache eines durchschnittlichen Jahresgehaltes eines Industriearbeiters im betreffenden Entwicklungsland übersteigen sollten. In Liberia aber kostete ein Arbeitsplatz astronomische 300.000 US-$, denn alles in allem hatte man rund 15 Millionen US-$ investiert in der Hoffnung, 1.500 Arbeitsplätze zu schaffen. Aber in den zehn Jahren nach der Schaffung der liberianischen FPZ konnte nur eine einzige ausländische Firma geködert werden, die ganze 50 Arbeitsplätze einrichtete. Eine Katastrophe für das bitterarme, bürgerkriegsgeschüttelte westafrikanische Land.

„Die Freie Produktionszone der Insel Mauritius", so das vernichtende Urteil des Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg, „ist die einzige Zone im schwarzafrikanischen Zusammenhang, welche einige der gesteckten wirtschaftlichen und sozialen Ziele erreicht hat ... Die meisten Zonen der übrigen Region stecken noch in ihren Anfängen, und es ist noch nicht möglich, Kosten - Nutzen-Analysen anzustellen. Die Zonen in Zaire und Ghana aber scheinen fehlzuschlagen: Die mangelnde Infrastruktur und die politische Instabilität schrecken ausländische Investoren ab."

Ähnlich schlechte Erfahrungen mit FPZ wie Liberia, Zaire und Ghana machten die westafrikanischen Nachbarn Senegal und Togo. Die Zone in Dakar im Senegal, so urteilen Wirtschaftsexperten lapidar, ist gescheitert. Und um die Chancen der geplanten oder bereits eingerichteten FPZ in Kenia, Madagaskar, Malawi, Kamerun, Benin, Zimbabwe, Sudan, Nigeria, Namibia und Mosambik ist es kaum besser bestellt.

1986 entfielen fast alle der 131.900 afrikanischen FPZ-Arbeitsplätze, genau 96,5 Prozent, auf die beiden Mittelmeeranrainer Ägypten und Tunesien und die pazifische Inselrepublik Mauritius. Schätzungen zufolge soll sich die Zahl der Arbeitsplätze bis Mitte der 90er Jahre in Afrika zwar auf etwa 250.000 erhöht haben. Aber außer auf Mauritius und in Tunesien sind kaum neue Arbeitsplätze entstanden. In beiden Ländern sind heute jeweils mehr als 100.000 Frauen und Männer in FPZ-Betrieben beschäftigt.

Fernab der aufnahmefähigen europäischen, südostasiatischen und nordamerikanischen Märkte gerät Schwarzafrika zusehends in wirtschaftliche Isolation und zieht immer weniger ausländische Kapitalanlagen - zuletzt nicht einmal fünf Prozent der weltweiten Auslandsinvestitionen - an. Schlimmer noch: das Buhlen um Investitionen multinationaler Konzerne schadet der lokalen Produktion und untergräbt den regionalen Handel.

Internationale Arbeitsteilung: Sogar die Schattenwirtschaft ist in Afrika gesättigt

In Afrika steht menschliche Arbeitskraft im Übermaß zur Verfügung. Und dies sogar in weit höherem Ausmaß als niedrige Arbeitslosensquoten glauben machen. Offizielle Statistiken haben zumeist wenig mit der Realität zu tun und sind häufig irreführend. Aussagekräftiger sind Angaben über den informellen Sektor, der in den letzten 15 Jahren fast überall rasant zugenommen hat. Bis zu drei Fünftel der städtischen Erwerbsbevölkerung leben sozusagen von der Hand in den Mund und haben keine regelmäßige, fest entlohnte Anstellung. In einigen schwarzafrikanischen Ländern scheint nach Vermutungen der IAO sogar die Schattenwirtschaft bereits gesättigt zu sein. Es findet sich dort trotz allen Einfallsreichtums kaum noch eine Nische, um das Nötigste zu verdienen.

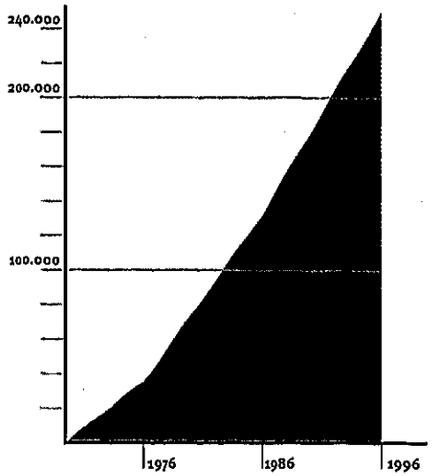
Schlimmer noch: „In Schwarzafrika gibt es wenig Anlaß zu der Hoffnung, daß der andauernde Verfall der formellen Beschäftigung und der Niedergang der Löhne aufgehalten werden kann", schreibt die IAO im World Labour Report 1994. Insgesamt habe die Region seit 1975 einen einschneidenden Einkommensrückgang bei den Mindestlöhnen erlebt. Trotz strikter Umsetzung der Strukturanpassungsprogramme habe sich die Produktivität kaum erhöht, und sinkende Terms of Trade haben trotz Rohstoffexportsteigerungen die Einnahmen vieler schwarzafrikanischer Länder sinken lassen.

Mauritius: Eine Erfolgsgeschichte

Mauritius ist einer der wenigen Staaten, in denen die Freie Produktionszone zu einem Kristallisationspunkt für eine rasche industrielle Entwicklung wurde. Aber es sollte nicht übersehen werden, daß das Wirtschaftsgeschehen der Inselrepublik nach Jahren extremer Abhängigkeit von Zuckerexporten nun immer mehr an das Auf und Ab in der Textil- und Bekleidungsindustrie gebunden ist.

Der kleine Inselstaat im Indischen Ozean, der gerade rund vier Fünftel der Fläche des Bundeslandes Saarland umfaßt, hat bereits 1970 den notwendigen gesetzgeberischen Rahmen für FPZ geschaffen. Angesichts der bestehenden Infrastruktur hat die Regierung jedoch nicht bestimmte Industriegebiete und Enklaven ausgewiesen, sondern die entsprechende Gesetzgebung auf die ganze Insel ausgedehnt. Zwischen 1970 und 1977 nahmen Investitionen, Beschäftigung und Exporte zunächst rasch zu; allerdings erreichten die Nettoexporte - wegen der hohen Importe an Werkzeugausrüstungen und Maschinen - nur gerade zehn Prozent. Danach hielt das Wachstum in vermindertem Umfang an und legte erst nach der weltweiten Rezession Anfang der 80er Jahre wieder kräftig zu. Zwischen 1982 und 1988 kletterte die Zahl der angesiedelten Firmen von 115 auf fast 600, und die Zahl der Beschäftigten stieg auf über 61.000. Anfang der 90er Jahre schwächte sich die Konjunktur allerdings leicht ab, und neue Arbeitsplätze wurden kaum noch geschaffen. Heute produzieren FPZ-Betriebe mehr als 60 Prozent der Gesamtexporte und beschäftigen mehr als 30 Prozent aller Erwerbstätigen des Landes.

Beschäftigte in Freien Produktionszonen Afrika



(Zahlenangaben: 76, 86 IAO, 96 IBFG, eigene Berchnungen)

Mosambik, Simbabwe und Namibia: Einzige Profiteure werden die Weltmarktfabriken sein!

Alljährlich drängen weit über 230.000 junge Menschen in Simbabwe zusätzlich auf den Arbeitsmarkt. Aber nur etwa 21.000 neue Jobs werden pro Jahr in dem südafrikanischen Land geschaffen, so daß das Arbeitslosenheer unaufhaltsam wächst. Kaum besser ist die Situation in Namibia und schon gar nicht in Mosambik. Auch dort öffnet sich die Schere zwischen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum immer mehr, zumal ausländische Investitionen immer spärlicher tröpfeln. Daher haben alle drei Länder 1994 bzw. 1995 FPZ-Gesetze verabschiedet, in der trügerischen Hoffnung, Investoren anzulocken und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Vorsorglich hat man bei der Gesetzgebung Gewerkschaften, Sozial- und Arbeitsministerien gleich außen vor gelassen, hat bestehende arbeitsrechtliche, soziale und ökologische Regelungen ausgesetzt. Die Gewerkschaften laufen Sturm dagegen. Sie fürchten, daß mit diesen FPZ-Ausnahmeregelungen das gesamte soziale Gefüge der Länder ins Rutschen gerät. Zumal nicht nur einige wenige, örtlich eingegrenzte FPZ entstehen sollen, sondern landesweit auch einzelne Betriebe FPZ-Status beanspruchen können. Außerdem warnen die Arbeitnehmervertreter davor, daß der Konkurrenzkampf um Investoren die wirtschaftliche Zusammenarbeit der südlichen Länder Afrikas gefährdet. Nur eine einheitliche Wirtschaft im südlichen Afrikas, so die SATUCC (Southern African Trade Union Coordinating Council), könne den von den Regierungen erhofften und im Zuge der Globalisierung notwendigen Zugang zum Weltmarkt schaffen. FPZ seien der falsche Weg, Profiteure seien einzig und allein die Weltmarktfabriken.

Togo: Hintertür zum europäischen Markt!

100.000 Arbeitsplätze werde man schaffen, so lauteten 1989 die optimistischen Prognosen für die erste FPZ in Togo. Damals schien alles für das kleine, 3,8 Millionen Einwohner zählende westafrikanische Land unter der Knute des General-Präsidenten Gnassingbé Eyadéma zu sprechen. Die politische Stabilität, die ansprechende Infrastruktur und das gute Kommunikationsnetz überzeugten. Außerdem räumte das Musterland des liberalen Kapitalismus ausländischen Investoren eine ganze Reihe von Vorteilen ein: zollfreier Im- und Export, zehn Jahre steuerfreie Gewinne, Vorzugstarife für Energie und Telekommunikation, eine völlig erschlossene Industriezone ... Mit finanzieller und technischer Hilfe der US-amerikanischen Entwicklungsagentur USAID, der UNIDO und französischer Entwicklungshilfe ging man ans Werk.

Heute, sieben Jahre später, sind die Blütenträume ausgeträumt. Das Land kämpft nach endlosen, gewaltsamen Auseinandersetzungen und wirtschaftlichen Einschnitten um sein Überleben. Trotz immenser Investitionen in Höhe von rund 35 Millionen Mark wurden nicht mehr als 4.000 Arbeitsplätze in der FPZ geschaffen. Zwar fertigen 30 Unternehmen ein breites Spektrum unterschiedlichster Produkte von synthetischem Haar, Industriekleister, Kosmetik bis zu Autobatterien und Pflanzenölen an. Die erhofften Spitzentechnologien blieben jedoch aus und ein Technologietransfer findet nicht statt. Die Löhne sind den örtlichen Minimallöhnen angepaßt. Gewerkschaften und Streiks sind verboten. Das Arbeitsrecht hatte man bereits 1989 in vorbeugendem Gehorsam den Wünschen möglicher Investoren angepaßt.

Heute wird die eigentliche Attraktivität des Standortes Togo für ausländische Investoren deutlich. Nicht die billigen Arbeitskräfte und die sonstigen Vergünstigungen locken hauptsächlich asiatische Unternehmen in das westafrikanische Land, sondern die Möglichkeit, ohne Handelsschranken Zugang zum europäischen und nordamerikanischen Markt zu bekommen. Togo gehört zu den sogenannten AKP-(Afrika-Karibik-Pazifik)-Ländern, die aufgrund der Lomé-Verträge besondere Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union unterhalten, und es verfügt über Vorzugsquoten für seine Exporte in die USA.

Schon 1989 betrug die Arbeitslosenquote nur noch etwa drei Prozent. Die geringen Lohnkosten - ein Viertel unter dem Niveau von Singapur und Hongkong - sowie die für ausländische Firmen günstigen Arbeitsgesetzregelungen für Kündigungen und Überstunden und das „sehr anpassungsfähige Arbeitskräftepotential" zogen immer mehr Unternehmen aus Hongkong, die zwei Drittel aller Investitionen tätigten und aus Frankreich an, die rund zehn Prozent investierten. Hauptsächlich die Europäische Gemeinschaft, vor allem Frankreich, Deutschland und Großbritannien, sind die wichtigsten Exportmärkte für mauritische Bekleidungsartikel.

Bisher läuft der Export reibungslos. Aber die Inselrepublik hat sich durch die industrielle Monostruktur in eine neue Abhängigkeit begeben, die ebenso rasch alle wirtschaftlichen Blütenträume wieder welken lassen könnte. Beispielsweise die USA und Kanada haben zum Schutz ihrer eigenen Industrie die Importe aus Mauritius gegen Ende der 80er Jahre stark gedrosselt. Die Folge: Die kleine mauritische Volkswirtschaft kam ins Stottern, und Arbeitsplätze wurden abgebaut. ■

Südafrika: Man könnte an Apartheids-Erfahrungen anknüpfen

Bei strenger Auslegung der FPZ-Definition hat es bisher keine FPZ in Südafrika gegeben. Allerdings hat die Apartheid-Regierung während der 80er Jahre eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet, die heimischen und ausländischen Investoren, besonders in den sogenannten „Homelands" der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, eine ganze Reihe fiskalischer Vorteile einräumte. Gewerkschaften waren dort verboten und eine Reihe der ohnehin minimalen arbeitsrechtlichen Regelungen ausgesetzt. Man sprach von sogenannten „getarnten" FPZ, die eine Abwanderung aus den „Homelands" in die weißen städtischen Gebiete verhindern sollten. Daher waren diese getarnten Zonen auch nicht, wie sonst üblich, in der Nähe von Häfen oder Flughäfen untergebracht.

Seit mehr als 15 Jahren wird auch darüber diskutiert, konventionelle, weltmarktorientierte FPZ einzurichten, etliche Untersuchungen wurden angestellt und verschiedene private und halbstaatliche Unternehmen riefen eine Lobby, die „South African Economic Zones Association" ins Leben. Und natürlich hält auch auf Arbeitnehmerseite die Debatte an. So fordert beispielsweise die südafrikanische Metallarbeitergewerkschaft NUMSA (National Union of Metalworkers in South Africa), daß arbeitsrechtliche, gewerkschaftliche, soziale und ökologische Standards auch in FPZ unbedingt eingehalten werden müßten. Die Transportarbeitergewerkschaft TGWU (Transport and General Workers Union) und besonders die Bekleidungs- und Textilarbeitergewerkschaft SACTWU (Southern African Clothing and Textile Workers Union) lehnen FPZ strikt ab. Sie vermuten, daß es den Beschäftigten in den neuen FPZ kaum besser gehen würde als den Frauen und Männern der alten, getarnten FPZ in den „Homelands". Zudem sei von Weltmarktfabriken kein Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu erwarten. Eher werde die „lokale Wirtschaft unterminiert", befürchten die südafrikanischen Gewerkschafter.

Die globale Arbeitsteilung: Neue Eliten und ...

Die globalen Spieler: Auf der Sonnenseite des Lebens

Einen neuen Berufsstand, gar eine neue Elite im Weltsystem der Wirtschaft hat die amerikanische Stadtsoziologin Saskia Sassen ausgemacht. Diese globalen Spieler, so werden ihre Erkenntnisse in einer Wochendbeilage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Ende Dezember 1995 referiert, bevölkerten den „elektronischen Marktplatz" und befänden in den Managementabteilungen und Vorstandsgremien über transnationale Konzentrierungen, Standortverlagerungen, strategische Allianzen, Joint-Ventures oder gar kompakte Firmenfusionen. Wenn nicht in Konferenzräumen oder im Büro seien diese „sozial Heimatlosen" vornehmlich in Hotels, Flugzeugen, VIP-Bereichen, Duty-Free-Supermärkten oder Hochgeschwindigkeitzügen zu finden.

Da der nationale Handlungsrahmen den globalen Spielern fehlt, können sie ihre Entscheidungen weitgehend unabhängig von sozialen Vorgaben und gewerkschaftlichem Regelwerk treffen. Den Zuschlag bekommt derjenige, der die günstigsten Bedingungen und billigsten Arbeitskräfte bieten kann. Aber, so ergab eine neue Untersuchung der IBFG, auch die allgemeine Lebensqualität für das ausländische Management wird für eine Standortentscheidung immer wichtiger. Japanische Investoren beispielsweise entschieden sich der Untersuchung zufolge für die Insel Cebu auf den Philippinen, weil es sich dort besonders gut leben läßt.

Die Kehrseite der Medaille: Extrem niedrige Löhne, 50 Wochenstunden und Schichtarbeit

Sri Lanka: Wenn es andere Arbeit gäbe, würde ein Großteil der Beschäftigten in den Betrieben der FPZ Sri Lankas sicherlich sofort kündigen. Nur, in der südostasiatischen Inselrepublik gibt es kaum

Die globale Arbeitsteilung: ... neues Proletariat?

Alternativen, und zwar besonders für die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Textilbetrieben der drei FPZ des Landes. Überwiegend entstammen sie den ärmsten Bevölkerungsgruppen und kommen häufig von weit her.

Rund drei Viertel aller Befragten sind einer IAO-Studie zufolge unzufrieden mit ihrer Arbeit. „Monoton" und „ermüdend" lautete das überwiegende Urteil. Schriftlich fixierte Arbeitsverträge haben nur die wenigsten, Kündigungen können von heute auf morgen ausgesprochen werden. Nachtschichten, auch für Frauen, sind an der Tagesordnung. Für die Plackerei, die viele kaum bewältigen können, bekommt ein ungelernter Arbeiter ganze 1.500 Sri-Lanka-Rupien monatlich - etwa 50 DM. Häufig beträgt die tägliche Arbeitszeit mehr als acht Stunden an durchschnittlich sechs Tagen in der Woche. Nachtschicht- und Überstundenzulagen gibt es nicht, Krankengeld, auch wenn die Abwesenheit auf einen der vielen Betriebsunfälle zurückzuführen ist, oder Mutterschaftsurlaub gibt es auch nicht. Und Frauen, die rund 85 Prozent der Beschäftigten stellen, werden dabei in der Regel in allen Positionen schlechter entlohnt als ihre männlichen Kollegen.

Dominikanische Republik: Weihnachtsgeld, bezahlter Urlaub, Überstundenzulagen, maximal 44 Wochenstunden, ... auf den ersten Blick scheinen sich die tariflichen und sozialen Vorschriften auf der karibischen Inselrepublik fast mit den Standards der Industrieländer messen zu können. Die Realität aber sieht anders aus: Die Bezahlung in den FPZ liegt in der Regel unter den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlöhnen. Die IAO hat außerdem festgestellt, daß bei Neueinstellungen häufig zunächst drei Monate lang nur 40 bis 50 Prozent des Lohns gezahlt werden, obwohl die meisten Frauen bereits nach einer Einarbeitungszeit von weniger als einem Monat vollwertige Arbeitskräfte sind. Überstundenzulagen oder gar Weihnachtsgeld gibt es nur in den seltensten Fällen. Gewerkschaften und Streiks sind gesetzlich verboten.

Tunesien: Etwa sechs Dinar - rund 1,20 DM Stundenlohn - hat Neila verdient, wenn sich die Näherin nach einem langen Arbeitstag im Konfektionsbetrieb auf den Heimweg macht. 57,60 DM bringt sie monatlich bei einer Wochenarbeitszeit von 48 Stunden nach Hause. Leben kann man davon auch in Tunesien nicht. Aber Neilas Ehemann hat auch Arbeit, und die Schwiegermutter betreut den Nachwuchs. So reicht das Geld halbwegs. Neila sitzt sozusagen an der Billig-Werkbank bekannter internationaler Bekleidungshäuser. Immer mehr Textilfirmen finden sich im europäischen Vorhof ein. Nachdem fast eine ganze Industriebranche rund um das Mittelmeer von Billigstandort zu Billigstandort gepilgert ist, scheint sich nunmehr alles in Tunesien zu sammeln. Insgesamt etwa 3.000 Textilunternehmen mit 120.000 Beschäftigten haben sich in dem nordafrikanischen Land angesiedelt. Sogar Portugal kann nicht mit den Lohnkosten konkurrieren.

Multis: Von Billigstandort zu Billigstandort

In allen FPZ der Entwicklungsländer verdienen die Beschäftigten zumeist nur einen Bruchteil dessen,

was ihre Kollegen in ähnlichen Positionen in den Industrieländern monatlich in der Lohntüte haben. Für ein Hähnchen muß beispielsweise eine Arbeiterin bei General-Motors in den USA ganze 4,5 Minuten arbeiten, in Mexiko aber fast 1,5 Stunden. Und in Sri Lanka, Indien und den Philippinen werden sogar im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern extrem niedrige Löhne bezahlt. Dort geht fast ein halber Arbeitstag drauf, um ein Hähnchen kaufen zu können. Gerade diese Länder aber sind für multinationale Konzerne äußerst attraktiv, allerdings müssen auch der gesamtwirtschaftliche Rahmen und die Infrastruktur stimmen, politische Stabilität muß gegeben sein. Eine vergleichende Untersuchung der IAO belegt, daß in den Ländern mit hohen Einkommensteigerungen pro Kopf die Beschäftigung in den FPZ kaum zunahm, während in den Ländern mit gleichbleibendem Einkommen oder nur geringen Zuwächsen immer mehr Menschen in den FPZ eine Arbeit fanden.

Grundsätzlich lehnt sich die Bezahlung in den Wirtschaftsenklaven zumeist an das Einkommensniveau in vergleichbaren Verarbeitungsbetrieben des jeweiligen Entwicklungslandes an, selten wird etwas mehr bezahlt, häufig aber auch weniger. Allerdings wird im Vergleich zu diesen Betrieben zumeist mehr Leistung verlangt. Fast in allen einschlägigen Untersuchungen klagen die Beschäftigten darüber, daß die Arbeit kaum zu bewältigen ist.

Hitze und Lärm, Staub und Gestank machen den meisten Beschäftigten zu schaffen. In Südostasien beschweren sich viele Frauen über die Maße der Maschinen, die von den kleinwüchsigen Asiatinnen nur schwerlich zu bedienen sind. Schutzbrillen und -masken, Arbeitshandschuhe und -schürzen sind Mangelware. Unfälle am Arbeitsplatz sind häufig

Da ökonomische Kriterien den Standort der Wirtschaftsenklaven im jeweiligen Entwicklungsland bestimmen und soziale Aspekte fast keine Berücksichtung finden, werden FPZ häufig fernab der Wohngebiete ausgewiesen. Dies hat zur Folge, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter häufig in oder nahe bei den Produktionszonen kaserniert werden oder lange Fahrzeiten in Kauf nehmen müssen. In einigen Fällen wie beispielsweise in Dubai dürfen sie das Gelände nicht verlassen und in anderen herrscht ab 22 Uhr Sperrstunde.

Die Arbeitszeiten nach IAO-Angaben rangieren in den 14 Staaten mit den meisten FPZ-Beschäftigten zwischen 48 Stunden (1991) in Südkorea - 1986 noch 52,5 Stunden - und weit über 54 Stunden auf den Philippinen. In der Regel gibt es in allen FPZ eine Sechs-Tage-Woche und es wird in drei Schichten gearbeitet, wobei auch die Frauen in den meisten Fällen nachts arbeiten müssen. Fast überall überschreitet die reguläre Wochenarbeitszeit in den FPZ diejenige in vergleichbaren verarbeitenden Betrieben eines Landes um einige Stunden. Außerdem wird in Textilbetrieben grundsätzlich länger gearbeitet als in der Elektronikindustrie.

Vergleichende Untersuchungen der IAO in einigen asiatischen Ländern haben ergeben, daß FPZ in der Regel besser funktionieren, wenn als Kriterien für den Standort nur Beschäftigungs- und Exportaspekte berücksichtigt wurden. FPZ, die nach dem Willen der Planer, die speziell eine Region fördern und zur sozialen und technischen Entwicklung beitragen sollen, sind im allgemeinen weniger erfolgreich. ■

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Frauen: Arbeiten auf eigene Gefahr

Die Opfer von Arbeitsunfällen sind fast nur Frauen

Bangkok, Mai 1993, Kader-Spielzeugfabrik: Nur wenige Minuten und die Flammen erfassen das gesamte Gebäude. Trotzdem hätte die Belegschaft noch genügend Zeit gehabt, um die Fabrik zu verlassen, wenn nicht die Ausgänge verriegelt und die Fenster vergittert gewesen wären. Füllmaterial und Kleider für Puppen verstopften Treppenhäuser und Gänge und boten den Flammen reichlich Nahrung. Die Opfer: Fast nur Frauen, 174 Arbeiterinnen, etliche gerade erst im Teenageralter, und 14 Männer. 469 Arbeiterinnen wurden verletzt, als sie versuchten, aus den Flammen zu fliehen. Vergitterte Fenster und verriegelte Türen - damit die Arbeiterinnen ihre Arbeitsplätze nicht verlassen oder Spielsachen hinausschaffen konnten - versperrten ihnen den Weg.

Tödliche Fallen für die Arbeiterinnen

1993 und 1994 hat es solch verheerende Brände auch in Indien, Malaysia, Vietnam und vor allem in China gegeben. Die Opfer auch hier fast ausschließlich Frauen. In der Sonderzone Shenzhen starben im November 1993 mindestens 80 Arbeiterinnen, 76 kamen im Juni 1994 in Zhuhai bei einem Brand ums Leben. Die verbarrikadierten „Drei-in-einem-Maquiladoras" - Fertigungshallen, Lager- und Schlafräume, in einem Gebäude - wurden zu tödlichen Fallen für die Arbeiterinnen.

Rund 90 Prozent der Beschäftigten in den thailändischen FPZ sind Frauen, in Sri Lanka sind es 80 Prozent, in Malaysia 55 Prozent, in Mexiko 50 Prozent, in Honduras sind es 90 Prozent, in El Salvador 80 Prozent, ... Fast in allen Freien Produktionszonen der Welt arbeiten überwiegend Frauen. IAO-Untersuchungen haben ergeben, daß der Frauenanteil in einer Zone um so höher ist, je höher der Anteil der Textil-, Bekleidungs- und Elekronikindustrie ist.

Deutlich wird der Zusammenhang von Industriestruktur und Frauenanteil besonders am Beispiel der FPZ in Mexiko und auf Trinidad und Tobago. Auf den Karibikinseln stellt die petrochemische Industrie über die Hälfte aller Arbeitsplätze, die Eisen- und Stahlindustrie den Rest. Nur knapp zehn Prozent der Beschäftigten in den FPZ auf den Karibikinseln sind Frauen. In den Maquiladora-Betrieben Mexikos nimmt die Zahl der Frauenarbeitsplätze langsam ab, seitdem die besser zahlende Autoindustrie, die hauptsächlich Männer einstellt, in Mexiko zunehmend investiert.

Ihre Ausbeutung nimmt zu

Man brauche die geschickten Hände der Frauen, heißt die Standardformel in der Elektronik-, Textil- und Bekleidungsindustrie, und meint aber billige und fügsame Arbeitskräfte, die auch nach 12, 13 Stunden monotoner und anstrengender Arbeit nicht klagen. „Vor zwei Jahren bekamen wir einen Direktor. Er kam immer mit einem Fotoapparat in die Firma, um Arbeiterinnen abzulichten, die nach seiner Meinung nicht den notwendigen Eifer an den Tag legten", so berichtet Wong Meih Yueh aus einer Elektronikfabrik in Taiwan von den alltäglichen Schikanen, mit denen die Frauen in vielen FPZ zu immer größeren Leistungen getrieben werden. „Anhand dieses Beweismittels zwingt er dann die Frau, eine Geldstrafe zu zahlen." Und dies ist noch eher eine der harmloseren Repressionen, denen sich Frauen ausgesetzt sehen. Sexuelle Nötigung und sogar Vergewaltigungen sind nicht selten.

Wong Meih Yueh ist 32 Jahre, alt für eine Arbeiterin in einer FPZ. Normalerweise sind über 80 Prozent der Frauen unter 25 Jahre und zumeist unverheiratet. „Vor zehn Jahre waren die Frauen alle jünger als 25 Jahre und unverheiratet. Jetzt dürfen sie bis zu 36 Jahre alt und verheiratet sein", meint die verheiratete Vorarbeiterin. „Heute will niemand mehr in den Zonen arbeiten." In Taiwan herrscht Vollbeschäftigung. ■

FPZ: Gewerkschaften sind ausgesperrt

Arbeitnehmerrechte existieren nur auf dem Papier

„Die Arbeitnehmer multinationaler und nationaler Unternehmen sollten ohne jeden Unterschied das Recht haben, ohne vorherige Genehmigung Organisationen eigener Wahl zu bilden und solchen Organisationen beizutreten, wobei lediglich die Bedingung gilt, daß sie deren Satzungen einhalten." Das Übereinkommen Nr. 87 der dreigliedrigen Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik der IAO in Genf vom November 1977 ist bis heute von den meisten Ländern der Welt ratifiziert worden. In Europa haben bis auf Litauen und Moldawien alle unterzeichnet, in Nord- und Südamerika fehlen nur wenige Staaten, ebenso in Afrika, lediglich die Mehrheit der asiatischen Länder hat das Übereinkommen nicht unterzeichnet.

Allerdings besteht in den meisten Entwicklungsländern in der täglichen Realität auch kaum ein Unterschied zwischen Unterzeichner- und Nicht-Unterzeichnerstaaten. Schlimmer noch: Dort, wo freie unabhängige Interessenvertretungen zunächst ihre Position stärken konnten, werden sie heute zurückgedrängt. „Von zunehmender Besorgnis ist die Tatsache, daß viele Freihandelszonen bedeutende Anreize bieten müssen, um Investitionen anzuziehen. Da es bezüglich Konzessionsraten, Energie, Infrastruktur usw. Beschränkungen gibt, konzentrieren sich viele Regierungen heute auf die Arbeitsaspekte. Dies spiegelt sich in der Tatsache wider, daß die Regierungen sich damit einverstanden erklären, die Arbeitsgesetze in den FPZ auszusetzen und Gewerkschaften und Streiks zu unterbinden", schrieb kürzlich Neil Kearney, der Generalsekretär der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeitervereinigung (ITBALV).

Besonders die ärmsten Entwicklungländer - sie können häufig kaum die nötigen Mittel für die Infrastruktur einer FPZ aufbringen - werben mit ihren billigen Arbeitskräften. In der Regel sind dies Frauen, denn sie verdienen durchweg noch weniger als ihre männlichen Kollegen. Von der Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit - IAO-Konvention 100, von der überwiegenden Mehrheit aller Entwicklungsländer ratifiziert - kann nirgendwo die Rede sein. Kaum eine der insgesamt 174 IAO-Verhaltensregeln und Empfehlungen (1993) in den Bereichen Chancengleichheit und Gleichbehandlung, Sicherheit der Beschäftigung, Ausbildung, Arbeits- und Lebensbedingungen, Arbeitsschutz, Vereinigungsrecht und Vereinigungsfreiheit, Kollektivverhandlungen usw. wird in die Praxis umgesetzt. Es fehlt der IAO an adäquaten Möglichkeiten, Sanktionen zu verhängen. Daher fordert der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), IAO-Konventionen und Handelsabkommen miteinander zu koppeln, um eine Handhabe gegen Verstöße gegen die Verhaltensregeln zu bekommen. Noch aber haben die Firmen in den gewerkschaftsfreien Wirtschaftsenklaven leichtes Spiel, nach Gutdünken können sie über Löhne, Arbeitszeiten und soziale Leistungen bestimmen. Ein kleiner Hinweis, den Betrieb notfalls in einem anderen Land anzusiedeln, genügt zumeist, um Regierungen in Entwicklungsländern zum Einlenken zu zwingen.

Nord-Süd-Solidarität: „Einigkeit macht stark"

1988 kündigte die malaysische Regierung an, einer Gewerkschaft für Elektronikarbeiter (UEW, Union of Electronic Workers) keine Hindernisse mehr in den Weg zu legen. Als einige Unternehmen dagegen jedoch Vorbehalte vorbrachten, wurde die Zulassung immer wieder hinausgeschoben. Als daraufhin die Arbeiter der amerikanischen Elektronikfirma RCA in der Ulu Kelang-Freizone eine „Hausgewerkschaft" gründeten, die grundsätzlich nicht verboten ist, lief die Werksleitung dagegen Sturm. Man versetzte Arbeiter in ein anderes Unternehmen des Elektronikherstellers. Aber die Gewerkschafter kämpften weiterhin um ihre Anerkennung. Das Unternehmen saß jedoch am vielzitierten längeren Hebel. Nach einem fünfmonatigen Streik wurde das Werk geschlossen. Alle Klagen auf Wiedereinstellung wurden abgeschmettert. Nach mehrjährigen Prozessen bröckelte die Gewerkschaftsfront schließlich ab. Im Nachbarland Indonesien verbüßen die meisten Führer der unabhängigen Gewerkschaft SBSI mehrjährige Haftstrafen. Die einzige, offiziell zugelassene staatliche Gewerkschaft ist die All-Indonesia Workers' Union (SPSI). Sie vertritt entsprechend der Pancasilla-Staatsideologie, die eine Harmonie zwischen Unternehmen und Arbeiterinnen anstrebt, eher die Interessen der ausländischen Investoren und der Regierung. Daher setzen die Beschäftigten in den indonesischen, aber auch in den malaysischen und anderen ostasiatischen Weltmarktfabriken verstärkt auf die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen (NRO) außerhalb der umzäunten Wirtschaftsenklaven. Mit Hilfe von gewerkschaftlichen, kirchlichen und politischen Basisgruppen organisieren sie heute ihre Streiks und andere Aktionen.

Erfahrungen, die auch die beiden Textilarbeiterinnen Zoila und Rosa in El Salvador gemacht haben. Nach einem Streik in der Maquiladora von Santa Tecla wurden sie entlassen. Trotzdem haben sie sich nicht einschüchtern lassen. Zusammen mit anderen gründeten sie COMUTRAS, ein Komitee der Arbeiterinnen El Salvadors. Ehrenamtlich versuchen die Mitglieder des Komitees, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen zu verbessern. Spenden von amerikanischen Gewerkschaftskolleginnen und von der niederländischen Kampagne „Saubere Kleider" helfen ihnen dabei.

Aus der holländischen Initiative ist inzwischen eine europäische Kampagne geworden. Durch das Kaufverhalten der Verbraucher sollen der Textil- und Bekleidungshandel dazu gedrängt werden, nur solche Produkte zu verkaufen, die mit dem Gütesiegel „Saubere Kleidung" versehen sind. Das Siegel bekommen diejenigen Importe, die aus Unternehmen stammen, die entsprechend der „Charta für Fairen Handel mit Kleidung" - basierend auf IAO-Konventionen - produzieren. In Deutschland unterstützen das Nord-Süd-Netz des DGB und die Gewerkschaft Textil - Bekleidung die Arbeit des Aktionsbündnisses verschiedener Basisgruppen.

Zugegeben, allzuweit ist man hierzulande noch nicht gekommen. Daher soll verstärkte Aufklärungsarbeit die Sinne für die Problematik schärfen. Sechs asiatische Gewerkschafterinnen berichteten daher im Frühjahr 1996 auf einer Rundreise durch einige europäische Länder über die Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken. ■

Literatur:

J. Abeywardene, u.a.:
Export processing zones
in Sri Lanka: Economic impact and
social issues, ILO Working Paper No. 69,
Genf 1994

I. Hauchler (Hg.) Stiftung Entwicklung
und Frieden: Globale Trends 1996,
Frankfurt/Main 1995

J. Hirsch: Der nationale
Wettbewerbstaat, Berlin 1995

ila. Zeitschrift der Informationsstelle
Lateinamerika, Heft 185:
Maquila (Frauen) Arbeit für den
Weltmarkt

International Labour Organisation (ILO):
Dreigliedrige Grundsatzerklärung über
multinationale Unternehmen und
Sozialpolitik, Genf 1993

ILO: World Labour Report 1994,
Genf 1994 (deutschsprachige
Kurzfassung vorhanden)

ILO: World Employment 1995, Genf 1995

ILO (Hg.): Economic and social effects
of multinational enterprises in export
processing zones, Genf 1988

Internationaler Bund Freier
Gewerkschaften (IBFG):
Der Fluch der neuen Steuerparadiese.
Die Unterdrückung der Gewerkschaften
in den Freien Exportzonen, Brüssel 1996

G. Sivalingam: The economic and social
impact of export processing zones:
The case of Malaysia,
ILO Working Paper No. 66, Genf 1994

Won Sun Oh: Export processing zones in
the Republic of Korea: Economic impact
and social issues, ILO Working paper No.
75, Genf 1993

WEPZA, International Directory of Export
Processing Zones & Free Trade Zones,
June 1996, A Publication of the
Flagstaff Institute, Arizona/USA

Adressen:

International Labour Office (ILO)
Internationale Arbeitsorganisation(IAO)
4 route de Morillons
CH-1211 Genf 22
Tel. 0041-22-7996111
Fax 0041-22-7996872

Internationaler Bund Freier
Gewerkschaften (IBFG)
Bld Emile Jacqmain 155
B-1210 Brüssel
Tel. 0032-2-2240211
Fax 0032-2-2015815 - 2030756

Internationale Union der Lebensmittel-,
Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-,
Café-, und Genussmittelarbeiter-
Gewerkschaften (IUL)
Rampe du Pont-Rouge 8
CH-1213 Petit-Lancy-Genf
Tel. 0041-22-7932233
Fax 0041-22-7932238

Internationale Föderation von Chemie-,
Energie-, Berg-, und Fabrikarbeiter-ver-
bänden (ICEM)
Avenue Emile de Beco 109
B-1050 Brüssel
Tel. 0032-2-6262020
Fax 0032-2-6484316

Internationaler
Metallgewerkschaftsbund (IMB)
54 bis route des Acacias, Postfach 1515
CH-1227 Genf
Tel. 0041-22-3436150
Fax 0041-22-3431510

Internationale des Personals der Post-,
Telegraphen-, und Telephon-Betriebe
(IPTT)
38 Avenue du Lignon
Ch-1219 Le Lignon-Genf
Tel. 0041-22-7968311
Fax 0041-22-7963975

Internationale Textil-, Bekleidungs- und
Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV)
Rue Joseph Stevens 8
B-100 Brüssel
Tel. 0032-2-5122606
Fax 0032-2-5110904

Internationale Transportarbeiter-
Föderation (ITF)
49-60 Borough Road
GB-London SE1 1DS
Tel. 0044-171-4032733
Fax. 0044-171-3577871

Romero - Christliche Initiative e.V.
Kardinal-von-Galen-Ring 45
48149 Münster
Tel. 0251-89503

Südwind e.V.
Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstr. 58-60
53721 Siegburg
Tel. 02241-53617
Fax 02241-51308

World Export Processing Zones
Association (WEPZA)
P.O. Box 986
Flagstaff, Arizona 86002, USA
Tel. 001-520-779-0052
Fax 001-520-774-8589

Starnberger Institut zur Erforschung
globaler Strukturen,
Entwicklungen und Krisen e. V.
Maximilianstr. 16
82319 Starnberg
Tel. 08151-8066

Nord-Süd-Netz DGB BILDUNGSWERK e.V.

Impressum:

DGB Bildungswerk e.V.
Nord-Süd-Netz
Postfach 101026
40001 Düsseldorf
Tel. 0211/4301-258
Fax 0211/4301-500

1.Auflage

Erscheinungsdatum:
August 1996

Gesamtherstellung:
CONNECT GmbH/Köln
Redaktion:
Werner Oesterheld

Texte:
Sabine Broscheit/Romero e.V.
Karina Krakowczyk
Friedhelm Mensing

Layout:
graphik syndikat/Köln

Fotos:
IAO/ Genf, epd-bild,
Werner Mahlau/GTB,
Christl. Initiative
Romero e.V./Münster,
Bavaria/Düsseldorf,
Cordula Kropke, Hamburg

Druck:
Druckhaus Süd/Köln

Diese Broschüre wurde auf
chlorfreiem Papier gedruckt.

Weitere Materialien

Entwicklungspolitik

Weltweite Umweltkrise

Brasilien

Weltweite Verschuldungskrise

Rüstungsexport

Kakaobohne und Schokoriegel

Neoliberalismus und Demokratisierung

"Eile tut not"

Afrostrojka

Blütenträume - Wirtschaftsmacht

Kinderarbeit in der Dritten Welt

Arbeitnehmer - Betriebräte - Entwicklungszusammenarbeit

Frauenarbeit als globale Billigware?

Die Dritte Welt vor den Toren Europas

32
Nachhaltige Entwicklung

33
Baumwolle

34
Tabak

36
Informeller Sektor

40
Das neue Südafrika

42
Sozialklauseln und Gewerkschaften

43
Zukunftsfähige Eine Welt

44
Eisenerz und Stahlgewinnung

45
Übernationale Vernetzung - Medien in der Dritten Welt

46
Freie Produktionszonen - Grenzenlose Gewinne!

Europapolitik

SE 5
Soziale Sicherung in der europäischen Gemeinschaft

SE 6
ECU und europäische Wirtschaft

SE 7
Anders arbeiten

SE 8
Gewerkschaftliche Regionalpolitik für Europa

SE 10
Made in Europa - Grundlagen für die europäische Gewerkschaftsarbeit

SE 11
Europabetriebsräte - Ein Schritt zum sozialen Europa

SE 12
Gesundheitsschutz in der Arbeitsumwelt - Fortschritt durch Europa?

SE 13
Entwicklungszusammenarbeit - Entwickelte Zusammenarbeit?

35
Gewerkschaftliche Dimensionen

37
Eurobetriebsräte

38
Frauen in der Europäischen Union - Hierarchie oder Emanzipation?

39
Freiwillige Eurobetriebsratsvereinbarungen

41
Die europäische Union: Militärisch oder zivil?

Frauenpolitik

Land in Sicht?
Gewerkschaften sind keine frauenfeindlichen Inseln

Auf dem Weg zu neuen Ufern? - Frauen in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit

Gestaltung von Arbeit und Technik - Nichts für Frauen?

Lust auf Ökonomie:
Die weibliche Sicht

Gewerkschaftspolitik

Betriebsrat im Alltag

Kündigungsschutz

Tarifvertragsrecht

Kommunale Dienstleistungen

Der Öffentliche Dienst

Ökologie: Das Wasser

Arbeitslosigkeit

Mitbestimmung Europa

Krankenversicherung

Berufliche Bildung

Familienpolitik aus Frauensicht

Arbeitsmarktpolitik - Arbeitsförderung

Ökologie: Der Boden

Der Deutsche Gewerkschaftsbund

Rentenversicherung

Mit Ausländern leben

Ausländische Kollegen

Sozialplan

Ökologie: Die Luft

Neue Technologien und Rationalisierung im Betrieb

Leiharbeit und Werkvertrag

Arbeitsschutz

Strukturpolitik

Jugend- und Auszubildendenvertretung

Mieterschutz

Verbraucherschutz

Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften

Bildungswesen

Gefährliche Arbeitstoffe und geeignete Ersatzstoffe